

Achte Sitzung – Huitième séance

Donnerstag, 28. September 2006

Jeudi, 28 septembre 2006

08.00 h

06.9001

Mitteilungen des Präsidenten Communications du président

Präsident (Janiak Claude, Präsident): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie sehr herzlich zur heutigen Sitzung, zur letzten der zweiten Sessionswoche. Ganz speziell begrüße ich heute Frau Bundesrätin Doris Leuthard, die das erste Mal bei uns ist, nicht in unserem Rat, sondern in ihrer neuen Funktion. Ich wünsche ihr alles Gute und freue mich auf den heutigen Tag mit ihr. *(Der Präsident überreicht Frau Bundesrätin Leuthard einen Blumenstrauß; Beifall)*

05.080

Neue Regionalpolitik. Bundesgesetz Nouvelle politique régionale. Loi fédérale

Fortsetzung – Suite

Botschaft des Bundesrates 16.11.05 (BBi 2006 231)
Message du Conseil fédéral 16.11.05 (FF 2006 223)

Ständerat/Conseil des Etats 07.03.06 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 15.06.06 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 19.06.06 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 23.06.06 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 23.06.06 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses 2 (BBi 2006 5863)

Texte de l'acte législatif 2 (FF 2006 5591)

Text des Erlasses 3 (BBi 2006 5865)

Texte de l'acte législatif 3 (FF 2006 5593)

Text des Erlasses 5 (BBi 2006 5867)

Texte de l'acte législatif 5 (FF 2006 5595)

Nationalrat/Conseil national 28.09.06 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 03.10.06 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 04.10.06 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 06.10.06 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 06.10.06 (Schlussabstimmung – Vote final)

Antrag der Minderheit

(Gysin Remo)

Rückweisung der Vorlage 1 an den Bundesrat mit dem Auftrag, alle Regionen (inklusive Städte, Agglomerationen, Berggebiete und landwirtschaftliche Regionen) im neuen Bundesgesetz über Regionalpolitik zu berücksichtigen.

Proposition de la minorité

(Gysin Remo)

Renvoi du projet 1 au Conseil fédéral

avec mandat de prendre en compte l'ensemble des régions (y compris les villes, les agglomérations, les régions de

montagne et les régions agricoles) dans la nouvelle loi fédérale sur la politique régionale.

Walter Hansjörg (V, TG), für die Kommission: Offenbar ist der Rat am letzten Tag der zweiten Sessionswoche noch am Packen, sonst wären vermutlich mehr Personen da. Ich hoffe, dass weitere dazustossen werden.

Wir beraten das vorliegende Bundesgesetz über Regionalpolitik als Zweitrat. Der Ständerat hat diese Vorlage am 19. Juni 2006 behandelt und einstimmig verabschiedet. Die Neuausrichtung der Regionalpolitik ist zweigeteilt. Sie besteht aus der vorliegenden gesetzlichen Grundlage und einer Vorlage mit einem Mehrjahresprogramm 2008–2015 mit den entsprechenden Kreditbeschlüssen. Ständerat und Nationalrat haben in der letzten Session die Verlängerung der Finanzierung in der bisherigen gesetzlichen Grundlage bis 2008 beschlossen. Bezüglich der Finanzierung soll die Geltungsdauer des Gesetzes eben bis 2008 verlängert werden. Die neue Regionalpolitik ist auch wegen dem neuen Finanzausgleich nötig. Dieses Gesetz soll den Ressourcen- und Lastenausgleich zwischen Bund und Kantonen regeln und benachteiligte Regionen wirtschaftlich fördern. Aber auch wirtschaftliche Veränderungen führen dazu, dass neue gesetzliche Grundlagen für die Regionalpolitik dringend sind. Mit dem vorliegenden Gesetz können verschiedene Erlasse aufgehoben werden, die nicht mehr benötigt werden.

Einerseits wird ein inhaltlicher Richtungswechsel angestrebt, andererseits sollen die Strukturen und Prozesse verbessert werden. Auf Bundesebene müssen die relevanten Sektoralpolitiken inhaltlich geändert und die Strukturen und Prozesse verbessert werden. Auf kantonaler Ebene sind die Kantone Ansprechpartner des Bundes. Die Kantone übernehmen die Verantwortung für die regionalpolitischen Massnahmen und setzen sie auch um. Die Kantone, einzeln oder für eine bestimmte Projektregion mehrere zusammen, vereinbaren mit dem Bund ein entsprechendes Umsetzungsprogramm und unterstützen dieses subsidiär.

Der Bund trennt sich also von der Prüfung und der Subventionierung von Einzelprojekten. Die Wirksamkeit der Mittelverwendung wird durch prozessbegleitende Vorkehrungen wie Evaluation und Controlling durch den Bund sichergestellt. Diese Neuerung setzt drei wesentliche Faktoren im Verhältnis zwischen Bund und Kantonen voraus:

1. Die Kantone übernehmen die Verantwortung für den zweckmässigen, erfolgsorientierten Einsatz der Mittel. Der Bund gewährt den Kantonen in der Phase der Programmverhandlungen und -vereinbarungen einen Vertrauensvorschuss. Mit anderen Worten: Im Grundsatz bestimmen die Kantone und die Regionen, was sie machen wollen. Die Zusammenarbeit zwischen den Regionen wird durch die Kantone sichergestellt; sie sind dafür verantwortlich.

2. Das Gesetz soll die Innovation in den Regionen fördern. Die Vorlage wird den Wettbewerb unter den Regionen stärken. Die Regionalpolitik muss zwingend mit der Raumplanungspolitik koordiniert werden. Dafür sind wiederum die Kantone zuständig. Man muss den Mut aufbringen, den Regionen unterschiedliche Zwecke zuzuleiten. Unter den Leistungsträgern müssen Synergien hergestellt und genutzt werden. Ein Beispiel: Gewerbe, Tourismus, Landwirtschaft und Service public bilden eine wirtschaftliche Einheit für die Regionen, die es zu stärken gilt.

3. Mit der neuen Regionalpolitik sind die Kantone gefordert. Die Erarbeitung eines Umsetzungsprogramms und die Koordination der Projekte stellen eine anspruchsvolle Herausforderung dar, insbesondere dort, wo mehrere Departemente und politische Stufen und Verantwortlichkeiten involviert sind. Wiederum: Die Kantone sind hier gefordert.

Die neue Regionalpolitik beschränkt sich auf ländliche Gebiete und erfüllt keine Aufgaben der Agglomerationspolitik. Im Gegenteil: Ein wirkungsorientierter Mitteleinsatz mit entsprechenden Instrumenten soll ermöglichen, dass Fördergebiete von der wirtschaftlichen Dynamik der Zentren profitieren können.

Zur Finanzierung: Für die Finanzierung ist ein Fonds für Regionalentwicklung vorgeschlagen. Er soll durch den heutigen

Investitionshilfefonds für Berggebiete mit rund 1,2 Milliarden Franken alimentiert werden. Die jährlichen Bundesmittel zur Äufnung dieses Fonds und zur nachhaltigen Fortführung werden sich auf rund 30 Millionen Franken belaufen. Bisher betrug die Speisung im Durchschnitt etwa 50 Millionen Franken. Wir haben aber in diesem Fonds zurzeit einen recht hohen Stock von rund 1,2 Milliarden Franken. Dazu kommt die subsidiäre Finanzierung durch die Regionen, eventuell durch die Gemeinden und sicher durch die Kantone. Der Vergleich mit den Förderinstrumenten der EU zeigt, dass die neue Regionalpolitik, wie sie vorliegt, erfolversprechend ist und die Vitalität der ländlichen Regionen bestimmt gefördert werden kann.

Der Kommission lag ein Mitbericht der Finanzkommission vor. Darin wird die Vorlage nicht ohne Vorbehalte, aber trotzdem klar unterstützt.

Namens der Kommission ersuche ich Sie, auf die Vorlage einzutreten. Den Rückweisungsantrag der Minderheit Gysin Remo bitte ich abzulehnen. Mit seiner Forderung, alle Regionen, das heisst Stadt und Land, im Bundesgesetz über die neue Regionalpolitik zu berücksichtigen, sprengt er den Rahmen des Machbaren und verhindert die Differenzierung zu einer subsidiären Förderung der Regionalentwicklung mit eben diesen spezifischen Förderinstrumenten.

Noch eine generelle Bemerkung zu den Minderheitsanträgen, die auf der Fahne vermerkt sind, und auch zu den beiden Anträgen Robbiani. Wir stellen fest, dass sehr hohe Erwartungen an die neue Regionalpolitik gestellt werden. Das Ziel ist, in den definierten Regionen eine wirtschaftliche Verbesserung zu ermöglichen. Die Projekte sollen zu mehr Wertschöpfung beitragen. Das ist das primäre Ziel, und um dieses Ziel zu erreichen, darf das Gesetz nicht mit zusätzlichen sekundären Aufgaben und Auflagen belastet werden.

de Buman Dominique (C, FR), pour la commission: S'il est une législation qui répond à la diversité du pays et en assure la cohésion par des mesures d'impulsion propres à garantir un développement économique harmonieux, c'est bien celle consacrée à la politique régionale. Cette préoccupation est tellement présente dans la politique suisse qu'elle a même son ancrage dans la Constitution fédérale à l'article 103. C'est le fort développement économique d'après la Deuxième Guerre mondiale, l'urbanisation progressive du Plateau et un début de dépeuplement des régions de montagne qui ont créé le besoin d'un correctif de redistribution de la croissance. C'est ainsi qu'ont été mis sous toit tout d'abord la loi fédérale sur l'aide aux investissements dans les régions de montagne, ainsi que l'arrêté fédéral en faveur des zones économiques en redéploiement, communément appelé arrêté Bonny.

D'autres instruments ont vu le jour dans les années 1990, à savoir le programme Interreg de coopération transfrontalière, ainsi que l'aide à l'évolution structurelle en milieu rural, appelée Regio Plus.

Trois motifs se trouvent à la base d'une réévaluation totale de ces instruments:

1. la durée d'application de ces diverses aides légales, qui est respectivement de quinze voire de trente ans;
2. l'évolution aussi bien des cercles bénéficiaires des aides que celle des besoins de l'économie;
3. la nécessité de tenir compte de la situation financière de la Confédération et d'utiliser de manière plus ciblée et mieux coordonnée l'argent de la Confédération.

Dans ce débat d'entrée en matière, il convient d'être très clair et d'éviter un malentendu: le projet de nouvelle politique régionale vise les zones de montagne, les zones rurales et les zones transfrontalières, et non les villes et les agglomérations. C'est un choix délibéré et non pas un oubli du Conseil fédéral, compris d'ailleurs par la majorité de la commission, et qui est le fruit de la procédure de consultation qui avait été engagée sur un premier projet de nouvelle politique régionale en 2004. Celui-ci avait, en effet, fait planer sur ces régions périphériques ou défavorisées – cela dépend comment on le prend –, qui ne disposent pas des mêmes moyens dans la compétition entre sites économiques, l'om-

bre des agglomérations, qui étaient considérées alors comme des pôles de référence ayant par ricochet des incidences économiques favorables sur les régions visées par le nouveau projet de nouvelle politique régionale. Le projet de 2004 a provoqué une levée de boucliers de la part des cantons, qui ne souhaitent pas perdre le soutien existant en faveur des zones précitées.

La requête d'une politique des villes et des agglomérations est toutefois justifiée. Elle trouve son fondement à l'article 50 de la Constitution fédérale, consacré notamment aux villes et aux agglomérations, ainsi que dans le rapport du Conseil fédéral du 19 décembre 2001 consacré à cette thématique.

Bien plus, une loi au sens formel manque aujourd'hui et, par exemple, le fonds d'infrastructure que l'on est en train de mettre sous toit bénéficie certes d'un cadre législatif, mais qui recouvre d'autres objectifs. En d'autres termes, la nécessité d'édicter une loi existe, certes, et j'en suis conscient, ayant été pendant des années vice-président de l'Union des villes suisses et membre du Bureau provisoire de l'agglomération de Fribourg en formation. Cette question, qui sera traitée prochainement par la Commission de l'économie et des redevances, ne doit cependant pas être insérée dans l'actuel projet de loi.

Au nom de la majorité de la commission – la décision a été prise par 20 voix contre 2 et 3 abstentions –, je vous propose par là même de rejeter la proposition de renvoi de la minorité Gysin Remo.

Le projet de nouvelle politique régionale vise à améliorer la compétitivité des régions concernées par la loi et à y générer de la plus-value, de la valeur ajoutée, l'objectif final étant bien sûr la croissance. La nouvelle politique régionale cherche ainsi à encourager les initiatives et à favoriser l'innovation, elle ne soutient plus des collectivités comme telles, mais des projets qui exigent de la coopération, qui exploitent les synergies entre la politique régionale et les politiques sectorielles de la Confédération qui, elles, ont une incidence territoriale.

La nouvelle politique régionale est un instrument qui exige de la souplesse et qui s'exerce selon une géométrie variable, de manière à avoir la meilleure efficacité possible. Devant se recentrer sur son objectif principal, la nouvelle politique régionale ne pourra plus, comme précédemment, avoir un effet d'arrosoir, mais devra se concentrer au contraire sur d'autres législations et tenir compte de celles-ci, comme la RPT – on en a parlé tout à l'heure –, les lois relatives au service public, la politique agricole ou encore la législation sur l'aménagement du territoire. Cette philosophie de plus grande concentration des moyens explique l'interdiction de l'intervention multiple de la Confédération, comme cela est prévu par l'article 7 alinéa 2 lettre c du projet de loi.

Cet objectif est soutenu par un autre fait: la limitation des moyens à quelque 70 millions de francs, comme jusqu'à présent d'ailleurs, ni plus, ni moins. Il convient de préciser à ce propos que la nouvelle politique régionale sera financée partiellement par un fonds de développement régional, qui remplacera l'actuel fonds d'aide en matière d'investissements dans les régions de montagne.

Ce fonds, doté d'une fortune de 1,5 milliard de francs, produira des intérêts annuels de l'ordre de 40 millions de francs. 30 millions de francs supplémentaires provenant des budgets annuels de la Confédération compléteront ainsi ces produits pour atteindre la somme totale évoquée de 70 millions de francs par an. Ces aides financières auront leur assise dans des programmes pluriannuels, dont le premier recouvrira la période 2008–2015, et qui sera présenté au Parlement en 2007 encore.

Par 11 voix contre 7, la commission a décidé de biffer la limitation de la durée de validité de la loi, limitation qui n'a aucune raison d'être, vu qu'on est en présence d'une loi au sens formel et que le Parlement peut en tout temps l'amender ou l'abroger. A cela s'ajoute précisément l'existence de programmes pluriannuels qui offrent l'occasion de faire le point de la situation et d'envisager la nécessité d'apporter d'éventuelles modifications législatives. Cette limitation est

donc un corps étranger dans la loi, à éliminer de toute évidence.

La commission a largement suivi le Conseil des Etats. Elle a cependant tenu à renforcer le contrôle exercé sur l'octroi des allègements fiscaux et à inciter à lutter contre les délocalisations abusives d'entreprises ayant obtenu de telles faveurs.

D'autres dispositions seront commentées dans la discussion par article.

En conclusion, et après avoir déjà prolongé, lors d'une session précédente, la durée de validité des instruments financiers de telle manière qu'il n'y ait pas de trou sur le plan des bases légales, nous estimons que la nouvelle politique régionale fait partie intégrante de ce que l'on peut appeler cette mosaïque de mesures visant la croissance et mises en chantier par le Conseil fédéral. Elle appartient à ces facteurs, elle relève de cet état d'esprit, toutes choses qui ont fait de la Suisse le pays – et la statistique vient d'être publiée – le plus performant du monde, et on peut en être fier.

Ainsi, la Commission de l'économie et des redevances, qui a voté l'entrée en matière sur cet objet, par 22 voix contre 2 et 1 abstention, et qui s'est exprimée lors du vote sur l'ensemble, par 14 voix contre 2 et 2 abstentions, vous recommande d'en faire de même, c'est-à-dire d'entrer en matière et de suivre les propositions de la majorité de la commission.

Gysin Remo (S, BS): Mit dem Rückweisungsantrag der Minderheit streite ich nicht um Mehrheiten. Was ich einläuten will, ist eine kritische Betrachtung der Vorlage. Ich hoffe, hiermit ein Signal für einen längerfristigen Umdenkungs- oder mindestens Sensibilisierungsprozess setzen zu können.

Die Rückweisung, mit der Auflage, «alle Regionen (inklusive Städte, Agglomerationen, Berggebiete und landwirtschaftliche Regionen) im neuen Bundesgesetz über Regionalpolitik zu berücksichtigen», ist erforderlich, weil in den Artikeln 4, 7, 10 und 20 eine systematische Ausklammerung der grösseren Zentren Zürich, Genf, Bern, Basel und anderen erfolgt und diese bestenfalls noch in Interreg-Projekten berücksichtigt werden. Die Förderung von Initiativen, Programmen und Projekten konzentriert sich nämlich ausdrücklich auf Berggebiete und den weiteren ländlichen Raum, obwohl wir hier über eine schweizerische Regionalpolitik reden. Diese Haltung, auf Kosten der Zentren und ganzer Regionen, insbesondere z. B. der Nordwestschweiz, wiederholt sich. Gleiches wurde schon bei der Tourismusförderung – ich denke an die innovativen Hotelkredite – beschlossen.

Ich sehe zwei grundsätzliche Probleme: erstens das falsche Konzept der neuen Regionalpolitik, die eigentlich ziemlich alt aussieht, und – damit verbunden – zweitens ein zunehmendes Spannungsverhältnis zwischen Kantonen und Regionen, das sich immer mehr der Toleranzgrenze nähert.

Zum Konzept: Warum ist die Ausklammerung der grösseren Zentren und der Nordwestschweiz falsch? Alle Erkenntnisse und Erfahrungen der letzten fünfzehn Jahre widersprechen diesem Vorgehen, denn Stadt und Land bilden eine Einheit mit zahlreichen Interdependenzen. Bundesrat Moritz Leuenberger hat schon in seiner Ansprache am Thuner Städtetag von 1996 gesagt: «Es gilt Abschied zu nehmen von der klassischen Vorstellung: Hier städtisches Zentrum, dort ländliche Peripherie.» Der Bundesrat hat in seinem Bericht «Agglomerationspolitik des Bundes» vom Dezember 2001 ausdrücklich als Schlussfolgerung festgehalten: «Es ist sicherzustellen, dass die Probleme der städtischen Gebiete und der ländlichen Regionen gemeinsam und koordiniert angegangen werden. Die Zusammenarbeit zwischen diesen Regionen ist zu fördern.» Dabei komme der Regionalpolitik eine besondere Bedeutung zu.

75 Prozent der schweizerischen Einwohner leben in städtischen Gebieten. Die Schweiz hat sich zu einem urbanen Land entwickelt, und die Wissenschaft verlangt seit Jahren eine urbane Regionalpolitik für die Schweiz. Auch in unserer Bundesverfassung, Artikel 50, wird verlangt, dass der Bund bei seinem Handeln «Rücksicht auf die besondere Situation

der Städte und der Agglomerationen sowie der Berggebiete» nimmt.

Der Ausgleich zwischen den Regionen und Kantonen erfolgt über den neuen Finanzausgleich (NFA). Dazu sind der Härtefonds und andere Instrumente geschaffen worden. Die Regionalpolitik hat Doppelspurigkeiten mit dem NFA zu vermeiden. Ziel und Hauptanliegen einer schweizerischen Regionalpolitik muss die Stärkung der Schweiz im globalen Wettbewerb sein. Dies erfordert auch den Einbezug der Wachstumsmotoren der grösseren schweizerischen Agglomerationen. Das hat der Bundesrat auch erkannt. Er hält dies auf Seite 278 der Botschaft fest, und auch in Artikel 2 Litera b ist dieses Konzept angesprochen. Aber dann hat er das Konzept in die Vernehmlassung geschickt, und das Resultat daraus ist: Der Bundesrat wechselt von einer praktisch und theoretisch fundierten Konzeption und Logik zur egoistischen Logik des kantonalen Besitzstanddenkens. Die Kantone, die bisher regionalpolitisch unterstützt wurden, wollen den Subventionskuchen nicht mit weiteren Regionen teilen. «Stadt und Land – Hand in Hand» bleibt ein Spruch für fröhliche Anlässe.

Es trifft zu, dass die eingesetzte Summe von 70 Millionen Franken für eine schweizerische Regionalpolitik bescheiden ist, auch wenn sich dies über acht Jahre oder mehr natürlich ganz schön zusammenlappert. Allenfalls müsste man diese Summe aufstocken. Auf jeden Fall brauchen auch grössere Motoren eine Pflege, und auch A-Städte und Zentren haben ihre Probleme; ich denke an die Zentrumsfunktionen, an die Versorgungs- und Entsorgungsprobleme, Gewalt, Arbeitslosigkeit, Verschuldung und diverse Sonderleistungen.

Ich habe zwei Bitten und ein Anliegen. Wir sollten die Gemeinsamkeiten betonen und nicht das Trennende – das ist mein Kernanliegen. Meine erste Bitte: Versuchen Sie sich für einen kurzen Moment in die Rolle eines Baslers oder Nordwestschweizers oder einer Zürcherin hineinzudenken, und dann verstehen Sie, warum die Kantonsregierungen von Basel-Stadt, Aargau und Zürich meine Haltung teilen und dies auch schriftlich kundgetan haben.

Meine zweite Bitte: Unterstützen Sie meinen Rückweisungsantrag.

Ich darf Ihnen noch mitteilen, dass ich meine Minderheitsanträge zu den Artikeln 4, 7, 10 und 20 hiermit zurückgezogen habe.

Wandfluh Hansruedi (V, BE): Ich spreche hier für die SVP-Fraktion und lege meine Interessenbindung dar: Ich bin Präsident der Planungsregion Kandertal. In dieser Funktion konnte ich verschiedene kreativ gestaltete Projekte begleiten, die nur dank der Regionalpolitik zustande gekommen sind. Es gibt viele Infrastrukturprojekte, von deren Realisierung heute auch Städter, auch Basler und Zürcher, Herr Gysin, profitieren. Ich gehe davon aus, dass ohne Investitionshilfedarlehen beispielsweise das Thermalbad in Vals nur schwerlich hätte gebaut werden können. Viele von Ihnen haben es gesehen. Auch der Skizirkus auf der Lenzerheide würde sich wahrscheinlich anders präsentieren, wenn es nicht die Möglichkeit der Investitionshilfedarlehen gegeben hätte.

Wir bearbeiten in unserer Region zurzeit ein Projekt für ein Tropenhaus. Da wird warmes Tunnelwasser aus dem Neat-Basistunnel verwendet, um Störfische zu züchten, um tropische Früchte anzupflanzen. Es wird von einer Produktion von 65 Tonnen Fisch pro Jahr ausgegangen, es werden 20 bis 40 Tonnen tropischer Früchte geerntet werden können. Kaviar aus Frutigen wird eine der Spezialitäten werden, er wird einer der Verkaufsschlager sein. Es ist auch ein Publikumsbereich vorgesehen, der interessierten Besuchern und Konsumenten Einblick in die Produktion, die Verarbeitung und die Veredelung der Produkte geben wird. Daneben gibt es den Gastronomiebereich. So entstehen rund dreissig neue Arbeitsplätze in einer Region, die sonst von Abwanderung bedroht ist. Es gibt aber auch Arbeitsplätze, die indirekt durch dieses Projekt entstehen, sei es im Tourismus, in der Gastronomie oder in der Landwirtschaft. Es ist beispielsweise vorgesehen, dass die überzähligen Dronnen der Bie-

nenvölker in den Futtermittelprozess einfließen sollen. Das hier beschriebene Projekt ist ein klassisches Beispiel, ein Prototyp für ein förderungswürdiges Projekt. Es ist innovativ, es ist ökologisch sinnvoll, es ist ökonomisch erfolgversprechend, es ist zukunftssträftig, und es schafft Arbeitsplätze. Die Entsiedelung der Berg- und Randregionen kann mit solchen Projekten verlangsamt oder gestoppt werden.

Die bisherige Regionalpolitik hat sich bewährt. Es ist natürlich legitim, ja es ist notwendig, dass solche Instrumente trotzdem regelmässig auf ihre Zweckmässigkeit hin überprüft und je nachdem den neuen Bedürfnissen angepasst werden. Der Förderansatz der neuen Regionalpolitik ist neu extrem auf die Unterstützung regionaler Innovations- und Wachstumsimpulse ausgerichtet, und das ist gut so. Regionen haben eigene Initiativen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Erhöhung der Wertschöpfung zu entwickeln. Die neue Regionalpolitik wird grundsätzlich nach dem Bottom-up-Prinzip umgesetzt: Der Impuls kommt aus den Regionen und aus den Kantonen; dort ist die Zusammenarbeit sicherzustellen, und von dort ist der Kontakt zum Bund zu suchen.

Das Schwergewicht der neuen Regionalpolitik liegt auf der wirtschaftlichen Dimension der Nachhaltigkeit, natürlich unter Berücksichtigung der sozialen und der ökologischen Dimension. Der Bund sieht in jedem Fall nur die Gewährung von Anschubfinanzierungen vor. Der Nutzen von geförderten Projekten soll, ja muss für die beteiligten Unternehmen nach einer Impulsphase so gross sein, dass die Kosten über den Markt getragen werden können.

Verschiedene Leute sehen in der Entsiedelung der Berggebiete nicht nur Nachteile. Sie möchten dort in Naturparks lieber Bären oder Wölfe anstelle von Touristen und Alpern sehen. Es gibt auch andere Kreise, denen die Entvölkerung der Berggebiete gewisse Vorteile bringen mag. Sie können beispielsweise für die Industrialisierung, für die Zentren, motivierte Leute mit gesunder Grundeinstellung zur Arbeit rekrutieren. Solche Stimmen sind glücklicherweise in der Minderheit.

Es gibt auch Personen, die der Meinung sind, dass der neue Finanzausgleich reiche, um den Verfassungsauftrag zur Solidarität und Rücksichtnahme auf wirtschaftlich schwache Regionen zu erfüllen. Sie verkennen dabei, dass der neue Finanzausgleich nichts mit der Stärkung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit gewisser Regionen zu tun hat. Dafür braucht es die Regionalpolitik. Der NFA befasst sich mit der verbesserten Umverteilung im Ressourcen- und Lastenausgleich. So ist es sinnvoll, dass beispielsweise der Bau von Turnhallen, von Kanalisationen oder von anderen Basisinfrastrukturprojekten neu über den NFA läuft und nicht mehr über das Budget der Regionalpolitik. Hingegen haben wertschöpfende Projekte über die Regionalpolitik zu erfolgen und nicht über den NFA. NFA und Regionalpolitik ergänzen sich, sie sind aufeinander abgestimmt.

Auch im neuen Konzept gibt es Investitionshilfedarlehen und gezielte Steuererleichterungen; wir erachten das als zweckmässig. Entscheidend für die Rand- und Bergregionen wird aber vor allem sein, was in anderen Politikbereichen läuft, wie in der Siedlungspolitik, in der Raumplanung, in der Landwirtschaftspolitik, in der Verkehrspolitik oder in anderen Bereichen. Gerade die Revision des Raumplanungsgesetzes wird für die Siedlungsprozesse in den Bergregionen entscheidend sein. Ich spreche hier nicht von der kleinen Revision, ich spreche von der anstehenden grösseren Revision.

Innerhalb unserer Fraktion gab insbesondere die Frage zu diskutieren, ob das Gesetz zeitlich beschränkt werden soll. Eine knappe Mehrheit spricht sich gegen eine zeitliche Beschränkung des Gesetzes aus. Ich werde in der Detailberatung darauf zurückkommen.

Den Rückweisungsantrag der Minderheit Gysin Remo mit der Forderung, alle Regionen im neuen Bundesgesetz zu berücksichtigen, also auch die Städte, lehnen wir ab. Die wirtschaftlich bevorzugten Regionen brauchen keine individuelle Förderung. Die dezentrale Besiedelung muss hier nicht noch gefördert werden. Herr Gysin hat erwähnt, dass

heute schon 75 Prozent der Leute in diesen Gebieten wohnen. Es ist also nicht angebracht, auch in diesem Bereich Förderung zu betreiben. Es gibt verschiedene andere Förderungsinstrumente wie die Agglomerationspolitik usw., wo die Städte natürlich involviert sind.

Die SVP-Fraktion empfiehlt Ihnen, auf das Gesetz einzutreten und ausnahmslos die Mehrheiten zu unterstützen.

Gysin Remo (S, BS): Herr Wandfluh, Sie sind Leiter eines KMU-Betriebes. Meine Frage lautet: Können Sie mir bitte sagen, warum es in den Zentren keine unterstützungswürdigen Förderprogramme für Kleinstgewerblerinnen und KMU geben soll?

Wandfluh Hansruedi (V, BE): Wir haben die Agglomerationspolitik, die im Prinzip die Städte fördert. Somit fließen wesentlich mehr Gelder in die Zentren als in die Regionen.

Favre Charles (RL, VD): Le groupe radical-libéral est favorable au projet. Il entrera en matière et s'opposera à la proposition de renvoi de la minorité.

En effet, nous considérons que nous avons une politique économique générale qui est favorable au développement de l'ensemble du pays, à savoir par la création des meilleures conditions-cadres possibles à travers le soutien à la formation et à la recherche, la fiscalité, une flexibilité sur le marché du travail, notre politique en matière de santé, de sécurité et d'infrastructures. Mais cette politique générale ne suffit pas dans certaines régions du pays qui connaissent des conditions beaucoup plus difficiles. Il est donc nécessaire d'avoir une politique régionale qui soit forte.

Pourquoi ceci? Tout d'abord, pour développer la cohésion de notre pays. En effet, si les disparités entre les différentes régions sont beaucoup trop fortes, à ce moment-là les tensions entre nos régions vont augmenter, ce qui va aboutir notamment à des problèmes sociaux. Nous voulons que les gens, dans ce pays, puissent travailler, puissent vivre, y compris dans les régions qui sont plus difficiles. Il y a là une motivation sociale, et également une motivation écologique: en effet, il faut éviter une trop grande dispersion de la population avec des gens qui doivent se déplacer et faire des kilomètres pour trouver une place de travail.

Deuxième argument: pour nous, cette politique régionale est complémentaire à la nouvelle politique de péréquation financière; ou plutôt, je devrais dire que la nouvelle politique de péréquation financière est complémentaire à la politique régionale. Nous considérons en effet qu'il faut d'abord favoriser la création d'emplois dans des régions plus périphériques, et ensuite, si on ne peut pas aller jusqu'au bout, il doit y avoir des compensations de par la nouvelle politique de répartition des tâches et de péréquation financière.

Troisième argument en faveur de la politique régionale: une compétitivité internationale qui se fait de plus en plus forte et qui a pour conséquence que les régions les moins favorisées ont plus de difficultés à fonctionner dans ce contexte de compétitivité. C'est pourquoi, aujourd'hui plus qu'hier, il nous faut cette politique régionale. Du reste, tous les pays, en particulier ceux de l'Union européenne, pays qui nous entourent, ont tous une politique régionale avec des moyens souvent bien supérieurs à ceux que nous mettons dans ce projet.

La politique régionale actuelle a démontré son efficacité, par la création d'entreprises et d'emplois. Il est bien entendu extrêmement difficile de savoir si c'est la politique régionale qui a permis à telle ou telle entreprise de s'implanter, mais globalement nous voyons l'efficacité de cette politique.

De plus, la politique actuelle a favorisé une collaboration entre les différentes régions à l'intérieur de notre pays. Les régions et les cantons ont appris à mieux travailler ensemble pour développer leur attractivité. Mais cette loi – cela a été dit tout à l'heure – a montré ses limites. Il s'agit donc de la rafraîchir, tout en gardant les buts d'une politique régionale, à savoir lutter contre le dépeuplement des régions périphériques, favoriser la diversification économique et la coopération. J'ai parlé tout à l'heure de la coopération entre les ré-

gions; il y a bien entendu aussi la coopération transfrontalière.

Nous soutenons la nouvelle politique régionale qui nous est proposée, en raison de plusieurs éléments. Tout d'abord, le rôle de la Confédération reste subsidiaire; la balle est d'abord dans le camp des régions, d'abord dans le camp des cantons, l'appui de la Confédération vient après.

Ensuite, cette nouvelle politique régionale travaille par projets, par programmes, ce qui favorise encore plus l'amélioration du professionnalisme, de la compétitivité des différentes régions. On passe en quelque sorte d'une politique de compensation, telle qu'on la connaissait jusqu'à maintenant, à une politique de véritable dynamisation des régions. Comme je l'ai dit tout à l'heure, cette politique va favoriser encore plus la coopération entre les différents partenaires et entre les différentes politiques, notamment avec les politiques sectorielles de la Confédération.

Un accent est mis dans ce projet sur l'augmentation de la connaissance de ces régions périphériques, la formation, la professionnalisation et, un point qui pour nous est important, sur le contrôle de l'efficacité de la politique que l'on entend mener.

Le financement du projet par ce fonds de développement régional est pour nous raisonnable. En effet, ce mode de financement permettra d'avoir une transparence entre les moyens qu'on met dans la politique régionale et puis le retour que nous en avons, notamment lorsqu'il y a des prêts qui sont remboursés ou des intérêts sur ceux-ci. La somme de 30 millions de francs par année sur le budget de la Confédération nous paraît tout à fait cohérente par rapport à l'ampleur de la politique que nous entendons mener.

Le plus de ce nouveau projet, à savoir le système de programmes pluriannuels, va nous permettre de pouvoir contrôler véritablement ce qui est fait, puisque nous devons nous déterminer sur ces programmes. En même temps, comme ces programmes sont assez longs, cela donne aux régions la possibilité de mettre en place différentes actions, puisque cette politique régionale doit se faire sur la durée.

Nous nous opposons à la proposition de renvoi, car elle veut faire d'une loi qui s'adresse spécifiquement aux régions périphériques en fonction des problèmes économiques qu'elles rencontrent, une loi qui s'adresse ou qui prétend régler tous les problèmes de toutes les régions du pays, en particulier les régions urbanisées. Nous ne nions pas le fait qu'il y ait des problèmes spécifiques pour les centres. Du reste, dans la nouvelle péréquation, nous avons soutenu l'indice socio-démographique, qui est un appui à ces régions centres.

Nous pensons qu'il doit y avoir une réflexion sur les problèmes spécifiques de ces différentes régions, mais pas à l'intérieur de ce projet, car ainsi nous aurions un projet trop important et des difficultés à le faire passer, à le maîtriser. Je le répète encore une fois, il n'y a pas d'opposition entre le centre et la périphérie, mais une volonté de traiter dans ce cadre-là spécifiquement les problèmes rencontrés par les régions périphériques.

En ce qui concerne les différents amendements, le groupe radical-libéral suivra la position de la majorité, la position du Conseil des Etats. Nous pensons que cette loi doit être assez sobre et qu'il ne faut pas y mettre de multiples autres éléments qui sont en relation avec la politique d'aménagement du territoire, avec la politique du travail, les relations entre partenaires sociaux. Il faut en rester à l'objectif général de la loi de façon à ne pas la dénaturer.

Nous nous rallierons à la position de la minorité sur un point, à savoir sur la durée de la loi. Nous pensons que, pour sa première mise en place, elle doit être limitée dans le temps. Je reviendrai sur ces articles pour vous présenter les arguments du groupe radical-libéral.

Pour l'instant, je vous prie de bien vouloir entrer en matière, de rejeter la proposition de renvoi et de vous en tenir à la proposition de la majorité de la commission sur l'ensemble des articles, à l'exception de l'article 26.

Rennwald Jean-Claude (S, JU): J'aimerais tout d'abord souligner à titre de remarque préliminaire qu'il est pour moi hau-

tement symbolique que nous débattions de ce sujet ici à Flims, puisque nous sommes dans une région périphérique, précisément dans ce type de région qui bénéficie de la politique régionale. D'aucuns ont voulu placer cette session sous le signe de la cohésion nationale et, effectivement, ce projet s'inscrit dans une perspective de cohésion nationale, mais aussi de cohésion sociale et économique. Il est peut-être aussi intéressant de rappeler rapidement que c'est lors d'une autre session décentralisée, celle de Lugano, que nous avions décidé de proroger l'arrêté Bonny.

Pour en venir au fond, je ne vais pas ouvrir ici une longue polémique avec mon excellent collègue Remo Gysin. J'aimerais toutefois lui dire qu'à mon sens, il est faux, et même totalement faux, d'opposer les grandes villes aux régions défavorisées, aux régions périphériques. On nous dit que 75 pour cent de la population de ce pays vit dans les villes, et certains souhaitent peut-être que cette proportion monte encore. On peut toutefois se demander si, du point de vue de l'occupation du territoire, de l'environnement, ce serait une bonne chose. J'aimerais aussi rappeler ici, pour ne prendre qu'un exemple, que, de tout temps, le canton du Jura a été parmi les principaux appuis de l'aéroport de Bâle-Mulhouse parce que nous, habitants de ce canton, considérons que c'est aussi notre aéroport et qu'il n'y a donc pas de raison d'opposer les uns aux autres.

En ce qui concerne plus spécialement le projet: certains dans le passé, et dans un passé encore récent, se sont gaussés de l'efficacité des différents instruments de la politique régionale. Sous certains aspects, celle-ci mérite certes d'être modifiée, améliorée, corrigée. Mais je considère que, dans l'ensemble, cette politique a fait ses preuves. Pour ne vous donner qu'un exemple, j'aimerais rappeler que l'arrêté Bonny, qui est né dans la foulée de la crise horlogère et de la crise textile des années 1970, a permis de maintenir ou de créer plus de 20 000 emplois dans ce pays. Plus de 20 000 emplois, ce n'est pas rien. Pour donner une image, cela correspond à la moitié de la ville de La Chaux-de-Fonds, c'est le double des habitants de Delémont, c'est la moitié de Lugano et c'est grosso modo la ville de Coire. Alors, il s'agit de savoir si oui ou non nous voulons que ces villes vivent encore à l'avenir.

Comme je l'ai dit, on a corrigé sur quelques points la philosophie de cette politique régionale. Je pense que dans son avant-projet, le Conseil fédéral avait pris un mauvais chemin et qu'il mettait par trop l'accent sur la compétitivité, presque exclusivement sur celle-ci. Je n'ai rien contre cette notion, mais je crois aussi qu'ici, il ne faut pas opposer la compétitivité à la politique régionale, ni opposer la compétitivité à la nécessité de lutter et d'atténuer les disparités entre les différentes régions du pays. Une chose est absolument claire: quelle que soit la conjoncture économique, qu'elle soit haute ou basse, il y aura toujours des différences structurelles entre les grands centres et les régions périphériques. Pour vous le démontrer, je vous donne en exemple la Vallée de Joux qui a subi terriblement la crise horlogère. Elle a bénéficié à plusieurs reprises de l'arrêté Bonny, mais cela ne l'a pas empêchée d'abriter sur son territoire trois des sept ou huit plus prestigieuses entreprises horlogères, non seulement de ce pays, mais de la planète.

En résumé, au nom du groupe socialiste, je vous invite à entrer en matière sur ce projet de loi et à soutenir les différentes propositions de minorité sur lesquelles nous reviendrons. J'aimerais encore juste faire une remarque par rapport à ce qu'a dit Monsieur Favre. Comme lui, je considère que la nouvelle politique régionale et la péréquation financière sont des instruments complémentaires. Ceci dit, je n'aimerais pas que dans l'application de cette complémentarité, on pénalise les régions défavorisées, notamment celles qui utiliseront l'instrument des allègements fiscaux.

Fehr Hans-Jürg (S, SH): Die sozialdemokratische Fraktion wird für Eintreten stimmen und nicht für den Rückweisungsantrag ihres Fraktionskollegen Gysin Remo, der sich für einmal in einsamer Mission unterwegs befindet.

Wir sind der Auffassung, dass die Stossrichtungen dieser neuen Regionalpolitik stimmen. Es soll in Wertschöpfung und Beschäftigung investiert werden, und es geht darum, Potenziale auszuschöpfen und nicht Strukturen zu stärken. Hier wird – im Gegensatz zum Beherbergungsgewerbe – nicht mit der Giesskanne gefördert, sondern es soll gezielt gefördert werden. Wir anerkennen auch, dass hier die Verknüpfung der ländlichen oder gebirgigen Landesteile mit den nahegelegenen Zentren als wesentlicher Bestandteil ins Auge gefasst wird. Schliesslich finden wir es wichtig und richtig, dass in Form von Mehrjahresprogrammen gearbeitet wird, die nachher einer Wirkungsüberprüfung unterzogen werden. Insgesamt sind wir also unseres Erachtens richtig und gut unterwegs.

Man muss ja aufpassen, dass man diese neue Regionalpolitik nicht überbewertet. Auch wenn sie für die betroffenen Regionen wichtig ist, so sind die Dimensionen, in denen wir uns hier bewegen, doch eher klein. Das zeigt schon das Fördervolumen von jährlich 70 Millionen Franken, das hier maximal zur Verfügung steht; das ist nicht allzu viel. Das zeigt auch, dass die neue Regionalpolitik eher eine komplementäre Politik zu anderen, wahrscheinlich wichtigeren Politiken ist. Sie ist zum Beispiel komplementär zum neuen Finanzausgleich, komplementär zur Service-public-Politik, komplementär insbesondere auch zur Raumplanung, aber auch zur Landwirtschaftspolitik und zur Tourismusförderung. Das alles ist quasi zugrunde gelegt, und auf diesen Böden kann mit Regionalpolitik noch gezielt eingegriffen werden.

Die von Herrn Gysin dargestellte These, dass die Städte leer ausgehen würden, verdient schon eine kurze Besprechung. Es ist eben nicht richtig, hier auch die Städte einzubeziehen; es geht hier ganz klar um die Förderung wirtschaftlich benachteiligter Gebiete. Dazu gehören nun einmal die Städte nicht. Darüber hinaus muss gesagt werden, dass wir mit dem neuen Finanzausgleich zum ersten Mal die besondere Situation der Städte, ihrer zentralörtlichen Funktionen und ihrer Sonderlasten akzeptiert haben und dass es mit dem soziodemografischen Lastenausgleich jetzt ein Instrument gibt, das auf die spezifische Situation der Städte einwirkt und dort entlastend wirkt.

Wir haben auch Agglomerationspolitik. Wir diskutieren gerade in dieser Session den Infrastrukturfonds, der Milliarden für die Verkehrsförderung in den Städten bereitstellt. Ich glaube also nicht, dass es richtig ist, hier jetzt auch noch Stadtförderung zu betreiben.

Nach Meinung unserer Fraktion ist die Vorlage im Grossen und Ganzen in Ordnung. Sie hat noch einige Schwachstellen. Zu diesen Schwachstellen haben wir Minderheitsanträge gestellt. Ich verzichte darauf, sie jetzt schon im Einzelnen darzustellen. Wir werden uns dann wieder zu Wort melden.

Ich bitte Sie einzutreten.

Bader Elvira (C, SO): Die bisherige Regionalpolitik des Bundes war zweckmässig. Sie hat zur Förderung des ländlichen Raums, des Berggebietes und sonstiger wirtschaftlicher Problemregionen beigetragen. In den letzten Jahren haben sich jedoch die internationalen wie auch die nationalen Rahmenbedingungen grundlegend geändert. Sie dürften sich auch in Zukunft noch ändern: International ist dem globalen Standortwettbewerb, national ist anderen, sich in Reform befindlichen Politikbereichen des Bundes Rechnung zu tragen. Die schweizerische Regionalpolitik muss sich deshalb neu positionieren. Es braucht Instrumente, die den neuen Herausforderungen und den neuen Zielen gerecht werden.

Zentraler Reformpunkt ist der Strategiewechsel: weg von der interregionalen Umverteilung, hin zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit, der Wertschöpfung. Die CVP-Fraktion begrüsst die neue Philosophie, die diesem Gesetz zugrunde liegt. Eigenverantwortung und Eigeninitiativen sollen unterstützt und gefördert werden. Die vorhandenen Ressourcen und Möglichkeiten sollen gestärkt und ausgeschöpft werden, damit nachhaltig Wertschöpfung in den Regionen generiert werden kann.

Die CVP-Fraktion dankt dem Bundesrat, dass er mit der Vorlage auch ein klares Bekenntnis zu den Regionen abgibt, ein Bekenntnis zum ländlichen Raum und zum Berggebiet. Er unterstreicht damit deren Bedeutung, und dass es ohne Zweifel auch im Interesse unseres Landes ist, den ländlichen Raum, das Berggebiet und die Grenzgebiete nicht einfach verkümmern zu lassen, sondern mit Leben zu füllen. Chancen und Perspektiven sind wichtig, damit in diesen Regionen auch in Zukunft überhaupt noch Menschen leben. Wir nehmen auch zustimmend zur Kenntnis, dass für die Regionalpolitik insgesamt nicht weniger Mittel zur Verfügung stehen als bisher. Mit Fördermitteln, A-fonds-perdu-Beiträgen, Finanzdarlehen und Steuererleichterungen lassen sich die Mittel effizient und wirksam einsetzen. Die neue Regionalpolitik soll sich auf die Förderung des ländlichen Raums, des Berggebietes und der Grenzregionen als Wirtschaftsstandorte konzentrieren. Die Agglomerationspolitik ist ebenfalls ein Problem; das wissen wir. Sie sollte aber nicht mit der Regionalpolitik vermischt werden. Beides ist wichtig; in diesem Gesetz und mit diesen bescheidenen Mitteln würde es jedoch den Rahmen sprengen. Hier wollen wir uns auf die ländlichen Räume beschränken.

Letztlich wird es für die Entwicklung der wirtschaftlich schwächeren Gebiete ohnehin entscheidender sein, was wir in der Verkehrs-, Versorgungs-, Energie- und Landwirtschaftspolitik beschliessen. Trotzdem ist die CVP-Fraktion überzeugt, dass wir mit der neuen Regionalpolitik eine Lösung für die Schweiz erhalten, die als Ergänzung und Komplementierung wichtige Impulse setzen kann und deshalb unbedingt realisiert werden muss.

Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und lehnt den Rückweisanspruch der Minderheit Gysin Remo ab.

Genner Ruth (G, ZH): Der Bund kennt seit den Siebzigerjahren verschiedene Instrumente zur Förderung von Randregionen. Ich sage ganz bewusst von Randregionen, denn auch wenn dieses Gesetz «Neue Regionalpolitik» heisst, müsste es eigentlich viel eher «Randregionengesetz» heissen. Bisher haben wir kaum einen Überblick über die verschiedenen Massnahmen, die in den Randregionen wirksam sind. Es ist eine Vielzahl, und sie ergänzen sich. Ich möchte hier einige nennen: erstens die Tourismusförderung mit einer reduzierten Mehrwertsteuer bei der Beherbergung; zweitens verschiedenste Aspekte bezüglich Infrastrukturförderung, z. B. Strassen, Hochwasserschutz, Schutzwälder, Galerien, weitere Beiträge an die Landwirtschaft, Steuererleichterungen für die Unternehmungen, Service-public-Leistungen und nun auch neu, mit dem NFA, Leistungen an die Regionen. Der Mittelfluss ist für uns eigentlich kaum zu beziffern, weil wir hier letztlich keinen Überblick haben. Die grüne Fraktion bemängelt dies.

Was die Grünen an der Ausgestaltung des neuen Gesetzes stört, ist die vorwiegende Ausrichtung auf Wettbewerb und Wertschöpfung. Eigentlich könnte man auch sagen: Diesem Gesetz liegt die Einheit «Franken» zugrunde. Es geht eigentlich auch kaum um die Umwelt, einem wesentlichen Faktor für die Zukunft. Gerade Randregionen müssten in unseren Augen speziell auf die nachhaltige Entwicklung Rücksicht nehmen, und das nicht einfach im Interesse der Städte- oder Agglomerationsbewohnerinnen und -bewohner, die herkommen, um sich zu erholen. Die nachhaltige Entwicklung müssen die Berg- und Randregionen vielmehr in ihrem ureigenen Interesse einfordern und umsetzen.

Dieses Anliegen haben wir im Antrag der Minderheit Fehr Hans-Jürg zu Artikel 2 deponiert. Es geht uns dabei um alle Dimensionen der Nachhaltigkeit, im Sinne der Gesellschaft, der Umwelt, der Wirtschaft. Gerade die nachfolgenden Generationen haben nur eine Perspektive, wenn Sie eine nachhaltige Entwicklung umsetzen. Die alleinige Wirtschaftsbeachtung in sensiblen Landschaften zerstört zu viel, insbesondere eben die Potenziale der Zukunft. Wir erleben gerade jetzt ein sehr aktuelles Beispiel, ich möchte an die riesigen Überbauungspläne von Andermatt erinnern: Sie verletzen in den Augen unserer Fraktion das Anliegen der nachhaltigen Entwicklung, und wir bedauern diese Entwicklung.

Wo Erholungslandschaften gleichsam dem schnellen Profit geopfert werden, hat das für die nachfolgenden Generationen eine massive Bedeutung. Erst später wird man feststellen, dass nicht allein die Berglandschaft geopfert wurde, sondern dass die einschneidenden Entwicklungen natürlich auch bei der Gesellschaft, ja bei der Kultur einer Talschaft nicht spurlos vorbeigehen.

Die Regionalpolitik, wie sie sich heute vorstellt, wird ein Element der Förderung, und dieses Element der Förderung möchten wir Grünen breiter eingebettet sowie stärker verknüpft mit der Raumplanung und mit den Vorstellungen der Regionalplanung sehen. Wir vermuten, dass es mit der vorliegenden Konzeption viel zu sehr zu Einzelmassnahmen kommen wird. Wir begrüßen durchaus den innovativen Ansatz des Bottom-up-Prinzips, der besagt, dass die Leute in den Regionen selber sagen, wo sie Entwicklungschancen sehen, wo sie Innovation machen möchten, und dass sie dabei Unterstützung brauchen.

Deshalb sperren wir uns heute nicht gegen diese neue Regionalpolitik, zumal wir auch einsehen, dass die Aussichten mit der Ausgestaltung des heutigen Entwurfs in finanzieller Hinsicht nicht gerade rosig sind. Wir werden deshalb auf diese Vorlage eintreten. Ein Teil unserer Fraktion wird den Rückweisungsantrag der Minderheit Gysin Remo unterstützen, weil Herr Gysin den alleinigen Fokus auf die Randregion eben als zu eng empfindet.

Die Hoffnungen ruhen nun auf den Kantonen. Ich will da nicht schwarzmalen, aber bei den Kantonen, davon bin ich überzeugt, wird es zu Zielkonflikten kommen, weil Landschaftsschutz, wirtschaftliche Entwicklung, ausgebaute Infrastrukturen – alles zusammen – sich nur sehr schwer unter einen Hut bringen lässt, wenn nicht eine äusserst sorgfältige Planung und letztlich auch eine klare Ausrichtung einer Region beschlossen und mit entsprechenden Massnahmen verfolgt werden.

In der Detailberatung werden für uns drei Punkte, die ich noch einmal hervorheben möchte, ganz wesentlich sein: erstens die nachhaltige Entwicklung in Artikel 2; zweitens die ausdrückliche Erwähnung des nachhaltigen Schutzes des Bodens sowie die Forderung, dass der Zersiedelung entgegengewirkt wird, in Artikel 4. Wir sehen in gewissen Landschaften immer wieder die zersiedelten Gebiete. Das ist ein Aspekt, den wir Grünen hier als ganz wesentlich hervorheben möchten, damit einer weiteren Zersiedelung entgegengewirkt wird. Ein dritter Punkt sind die Steuererleichterungen, die mit diesem Gesetz weiterhin gewährt werden sollen. Das ist letztlich ein heikles Thema, denn wie grenzen wir Steuererleichterungen von Steuergeschenken ab? Wer wird bei welchem Kriterium begünstigt? Wir wollen mindestens den Ansatz von Transparenz in dieser Frage und verlangen deshalb eine Schätzung der gewährten Erleichterungen, sodass wir die Effizienz der Massnahme Steuererleichterung für Industrien, die angesiedelt werden sollen, letztlich auch einmal abschätzen können.

Ich bitte Sie, auf diese Vorlage einzutreten und wie gesagt auf die drei letztgenannten Punkte Rücksicht zu nehmen und ihnen in der Detailberatung gemäss unseren Vorstellungen zuzustimmen.

Huber Gabi (RL, UR): Frau Genner, Sie haben das Projekt in Andermatt im Kanton Uri erwähnt und begründen mit diesem Beispiel Ihre Ablehnung der Regionalpolitik. Meine Frage: Kennen Sie dieses Projekt überhaupt à fond? Warum soll es nicht nachhaltig sein? Wissen Sie, dass auch die lokalen Umweltschutzverbände dafür einstehen?

Genner Ruth (G, ZH): Wir werden die Regionalpolitik unterstützen, Frau Huber. Ich habe nicht von einer Ablehnung gesprochen, habe aber gesagt, dass das Projekt in Andermatt in unseren Augen nicht einer nachhaltigen Entwicklung entspricht bezüglich der grossen Dimension, die es beinhaltet, und vor allem bezüglich der Einseitigkeit der Investitionen habe ich grösste Befürchtungen.

Recordon Luc (G, VD): Comme l'a dit Madame Genner, le groupe des Verts entre en matière. Il n'est pas non plus convaincu, dans sa majorité, par l'argument de Monsieur Gysin Remo tendant à renvoyer le projet.

Certes, nous sommes conscients des insuffisances que présente la nouvelle politique régionale. Nous voudrions vivement que les équilibres en matière de développement durable soient meilleurs dans ses trois dimensions; il y a d'ailleurs un amendement à cet égard. Nous pensons que, pour les allègements fiscaux notamment, la pondération entre les critères économiques et sociaux du développement durable est insatisfaisante. Nous estimons que, dans certains cas, la pratique en matière d'aménagement du territoire – pour répondre à l'objection de Madame Huber –, en ce qui concerne par exemple Andermatt mais aussi avant Galmiz, n'était pas bonne.

L'aménagement du territoire est conçu comme une discipline de synthèse qui colle parfaitement aux exigences du développement durable, du moins si on fait de l'aménagement du territoire dûment coordonné. Donc, la politique régionale reçoit une base plus satisfaisante que par le passé, notamment parce que la commission a remis bien en évidence l'exigence primordiale du développement durable, mais nous savons que dans la pratique, il y a encore un long chemin à faire.

En ce qui concerne l'opposition agglomérations/régions périphériques, la solution n'est pas de renvoyer le projet, mais de travailler ensuite séparément tout aussi activement à une politique en faveur des agglomérations, et non pas d'opposer les deux entités. Les Verts sont extrêmement attachés à ce que les périphéries dans leur diversité restent des régions vivantes et ne cherchent en rien à les étouffer, même si parfois des critiques sont apportées à tel ou tel projet qui fait bon marché, critiques fondées précisément sur des exigences d'équilibre du développement durable. Mais il y a aussi d'excellents projets qui se développent aujourd'hui – et nous voulons les saluer –, qui permettent un maintien voire une progression équilibrée du développement, y compris économique, de ces régions. Cela évite ainsi soit qu'elles se désertifient, comme c'est tristement le cas dans certaines régions proches de notre pays – vous voyez tous à quel genre de villages à moitié morts je songe –, soit qu'elles prennent la direction d'un développement notamment touristique complètement débridé – et c'est d'ailleurs au même pays que je songe.

Ainsi donc, pour résumer, nous vous prions de suivre toutes sortes d'amendements importants dans le sens de ce que Madame Genner a évoqué; mais pour le reste nous vous prions, à l'unanimité, d'entrer en matière et, dans notre majorité, de ne pas soutenir la proposition de renvoi Gysin Remo.

Präsident (Janiak Claude, Präsident): Die EVP/EDU-Fraktion teilt mit, dass sie dem Antrag der Mehrheit zustimmt und den Rückweisungsantrag der Minderheit Gysin Remo ablehnt.

Leuthard Doris, Bundesrätin: Es ist in unserem Bundesstaat erstmalig und damit hoffentlich ein gutes Zeichen, dass ein Gesetz über Regionalpolitik nicht in Bern beraten wird, sondern dass hier vor Ort, wo sich der Entscheid auswirkt, darüber gesprochen wird.

Die Regionalorganisation Surselva – die Region, in der wir tagen – wurde im Jahr 1967 gegründet. Es handelt sich dabei um die älteste offizielle Bergregion der Schweiz, die ihre Arbeit bereits acht Jahre vor der Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über Investitionshilfe für Berggebiete (IHG) und damit der Geburt der direkten Regionalpolitik im Jahre 1975 aufgenommen hat.

Ich möchte zuerst allen Sprechern der Fraktionen danken, dass sie sich in der Eintretensdebatte allesamt zugunsten dieser Gesetzesvorlage und damit zugunsten der neuen Regionalpolitik geäussert haben. Sie haben damit bestätigt, dass der Bund eine gute Grundlage geschaffen hat, um den Kantonen und Regionen, ergänzend zum NFA und zur

Grundversorgungspolitik, gezielte Impulse zur Steigerung ihrer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit zu verleihen.

Sie können in der Geschichte der Regional- und Disparitätenentwicklung weit in die Vergangenheit zurückblättern um festzustellen, dass immer wieder Versuche unternommen wurden, um das heutige Instrumentarium für die Bewältigung des Strukturwandels in den Regionen wirksamer zu machen: So wurden 1983, ausgelöst durch regionale und zum Teil landesweite Strukturprobleme, beim IHG und beim Bonny-Beschluss Anpassungen vorgenommen, als Bestandteile der Massnahmen zur mittel- und langfristigen Anpassungsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft. Mitte der Neunzigerjahre wurde das neue Programm «Regio Plus» zur Förderung des Strukturwandels im ländlichen Raum gestartet, da sich dieser mit der Neuausrichtung der Agrarpolitik zu verschärfen begann. Weiter wurden im Jahre 2000 die befristeten Massnahmen des Bundesrates zur Flankierung der regionalen Liberalisierungswirkungen beschlossen.

All diese Aktionen haben jeweils eine Weile weitergeholfen. Die Effekte waren aber mindestens teilweise ungenügend, indem das Parlament mit seinem Beschluss zwar Solidarität markierte, die Evaluation des IHG und des Bonny-Beschlusses im Jahr 2004 jedoch klar zeigte, dass diese Instrumente die wirtschaftliche Basis der geförderten Regionen nicht nachhaltig zu stärken vermochten.

Ein anderes Charakteristikum hat uns denn auch bewogen, diese Revision, die Ihnen vorliegt, an die Hand zu nehmen, und zwar die lange Reaktionszeit. Bedingt durch die Vorbereitungsarbeiten und die parlamentarischen Prozesse, sind die Wirkungen jeweils erst lange Zeit nach Beginn des Strukturwandels in Kraft getreten. Deshalb ist es richtig, dass mit der neuen Regionalpolitik des Bundes ein Paradigmenwechsel erfolgt, sowohl hinsichtlich der Förderungsinhalte als auch bezüglich der Reaktionszeit und der Umsetzungsprozesse. Die neue Regionalpolitik, für die dieser Gesetzentwurf der Grundstein sein soll, zeichnet sich durch fünf Hauptmerkmale aus:

1. Sie verfolgt mit beschränkten Mitteln ein klar definiertes Ziel: die Steigerung der regionalen Wertschöpfung. Die Messbarkeit der Wirkung wird sich erhöhen, denn heute werden mit denselben beschränkten Mitteln gleichzeitig alle möglichen Ziele der Regionalentwicklung verfolgt.

2. Sie grenzt sich klar vom NFA ab, worauf einige Redner zu Recht hingewiesen haben. Der NFA verfolgt Ziele wie Steuergerechtigkeit, Aufgabenteilung nach sachgerechten Kriterien usw. Es wird Aufgabe des NFA sein, die kantonalen Unterschiede in Bezug auf Ressourcenausstattung und unbeflussbare Strukturlasten auszugleichen. Mit dem NFA werden ressourcenschwache Kantone und damit auch die Berggebiete in die Lage versetzt, die Basisversorgung dank des ausgebauten Finanzausgleichs im engeren Sinne nach eigenen Prioritäten sicherzustellen.

3. Regionalpolitik ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die nach dem Subsidiaritätsprinzip umgesetzt wird. Die Regionen und die Kantone haben ihre eigenen Ressourcen, Programme und Projekte zu mobilisieren, bevor regionalpolitische Mittel des Bundes eingesetzt werden.

4. Mit der Regionalpolitik – mit dem Instrumenteneinsatz, den wir Ihnen vorschlagen – kann viel besser und rascher auf die sich ändernden regionalwirtschaftlichen Herausforderungen reagiert werden. Es ist wichtig zu wissen, dass das Gesetz einen Rahmen für den Mitteleinsatz gibt. Die Programmvereinbarungen mit den Kantonen überlassen den Kantonen die projektweise Prioritätensetzung. Der Fonds ermöglicht dann eine zeitgerechte Mitfinanzierung. Bundesrat und Parlament behalten bei diesem System die Kontrolle über den tatsächlichen Mitteleinsatz, und zwar durch die periodische Festlegung von Programmschwerpunkten und Kreditrahmen, die nur gestützt auf Rechenschaftsberichte und Evaluationen erfolgen wird.

5. Wir sind der Überzeugung, dass diese Vorlage auch hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Steuern und Finanzen kontrollierbar ist. Anders als Frau Genner sind wir der Ansicht, dass mit diesem Gesetz eben auch in finanzpolitischer Hinsicht eine klare Grundlage geschaffen wird. Wir werden Ih-

nen im nächsten Jahr einen einfachen Bundesbeschluss für den Zahlungsrahmen vorlegen, damit eben auch der Rahmen für die Investitionen in die Regionalpolitik klar abgesteckt ist. Dann ist, glaube ich, auch Ihr Anliegen erfüllt.

Wir gehen davon aus, dass dieses Gesetz dem Bund künftig Aufwendungen von 30 Millionen Franken pro Jahr verursachen wird. Zwischen 1997 und 2005 lagen die durchschnittlichen Aufwendungen für die Finanzierung aller bisherigen Massnahmen bei 60 Millionen Franken pro Jahr.

Als weitere Errungenschaft, auf die wir sicher stolz sein dürfen, darf ich auch den Konsens bezeichnen, den wir bei dieser Vorlage mit den Kantonen erzielt haben. 2004 äusserte sich ein grosser Teil der Kantone noch kritisch; 2005 wurde die Vorlage mit den Volkswirtschaftsdirektoren optimiert, und seit einigen Monaten stellen wir fest, dass Kantone bereits damit begonnen haben, ihre eigenen Gesetzesgrundlagen und wirtschaftspolitischen Programme auf das Konzept der neuen Regionalpolitik abzustimmen.

Sie wissen, dass wir bereits 2004 eine Initiative für Pilotprojekte dieser neuen Regionalpolitik gestartet haben. Erlauben Sie mir an dieser Stelle, anhand einer kleinen Auswahl von Projekten aufzuzeigen, welche konkreten Ansätze und praktischen Anwendungen von dieser neuen Regionalpolitik zu erwarten sind.

J'aimerais parler d'abord d'un projet pilote du canton de Neuchâtel, nommé «La tradition dans l'innovation». Par ce projet, on veut assurer la cohérence de l'action publique dans les différents processus déjà engagés.

Le canton de Neuchâtel a ainsi proposé un projet de territoire cantonal intitulé, comme je viens de le dire, «La tradition dans l'innovation». Il s'agit de rendre complémentaires les villes formant le réseau urbain neuchâtelois et les régions, en reconnaissant à chaque espace pertinent ses atouts spécifiques. La conclusion de contrats d'agglomérations et de régions couronnera cette mise en oeuvre. Ces instruments traduisent des accords négociés entre partenaires institutionnels et privés sur des objectifs précis et des prestations réciproques, avec des modalités de mise en oeuvre.

Zu einem zweiten Pilotprojekt aus dem Kanton Schaffhausen, das aber räumlich auch die angrenzenden Kantone Thurgau und Zürich mit einbezieht: Es geht dabei um den internationalen Verpackungscluster und das Verpackungsinstitut in Neuhausen. Hier haben in der Bodenseeregion Weltmarktführer auf dem Gebiet der Verpackungstechnik und der Verpackungsmaterialien sowie bedeutende abpackende Unternehmen ihren Sitz. Die komplette Wertschöpfungskette, einschliesslich zugehöriger Supportfunktionen, ist in der Bodenseeregion vorhanden. Mit diesem Projekt kann nun auf Initiative von deutscher und schweizerischer Seite und in Zusammenarbeit mit den Hochschulen Konstanz und Stuttgart sowie der Zürcher Hochschule Winterthur das International Packaging Institute (IPI) realisiert werden. Damit können wir als Ergebnis ein weltweit führendes internationales Kompetenzzentrum für Verpackungstechnologie auf den Weg schicken.

Schlussendlich das Pilotprojekt der Zentralschweizer Kantone und Regionen, mit dem Namen «Neuland»: Mit diesem Projekt will die Zentralschweiz die Zusammenarbeit von kleineren und mittleren Unternehmen und den Fachhochschulen erleichtern. Auch hier stimmen die ersten Erfahrungen optimistisch, indem Forschung und Praxis eine gemeinsame Sprache und eine Plattform gefunden haben. Das bringt Wertschöpfung in der Region, das bringt Arbeitsplätze in die Region.

Die neue Regionalpolitik (NPR) wird dabei nicht ohne Änderungen bei den Umsetzungsprozessen anwendbar sein. Wenn sich Kantone und Regionen während dreissig Jahren an gewisse Mechanismen der heutigen Instrumente gewöhnt haben, bringt ein solcher Wechsel zur NPR mit Sicherheit auch Anpassungsschwierigkeiten mit sich, und er wird auch Bedenken auslösen.

Ich kann und möchte Ihnen an dieser Stelle deshalb noch zwei Dinge mit auf den Weg geben:

1. Dieses neue Konzept will keine Errungenschaften der bisherigen Regionalpolitik über Bord werfen, bei denen nachgewiesen ist, dass sie einen merkbaren Beitrag zur Stärkung der regionalen wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit geleistet haben. Einige IHG-Regionen haben vorbildlich gearbeitet, und auch mit den anderen Instrumenten wurden zum Teil erfolgreiche Projekte gefördert. Die Kantone werden selbstständig entscheiden, wie diese Elemente in die neue Regionalpolitik überführt werden. Ich denke etwa an den Einbezug der heutigen IHG-Regionen oder der Gemeindeverbände in die NRP.

2. Es wird kein regionalpolitisches Instrument von Beginn weg auf vollen Touren laufen. Das IHG benötigte acht Jahre, bis das Entwicklungskonzept der letzten Region, des Val-de-Ruz, vom Bund genehmigt werden konnte. Wir werden also in der Zusammenarbeit mit den Kantonen mit Sicherheit auch den Zeitbedarf für den Paradigmenwechsel berücksichtigen. Sie werden mit diesem neuen Gesetz die Grundlage für eine moderne und auch in Zukunft anpassungsfähige Regionalpolitik des Bundes schaffen. Diese erste Etappe wird dann im Laufe des nächsten Jahres ergänzt werden durch eine Botschaft zum Mehrjahresprogramm, in der wir die Schwerpunkte der Umsetzungsaktivitäten aufzeigen werden. Dabei wird Ihnen ein Entwurf eines einfachen Bundesbeschlusses zur weiteren Alimentierung des Fonds zur Regionalentwicklung vorgelegt werden.

Ich bitte Sie daher, dem positiven Geist dieser parlamentarischen Beratung zu folgen und auf die Gesetzesvorlage einzutreten. Mit ebensolcher Überzeugung bitte ich Sie, den Rückweisungsantrag der Minderheit Gysin Remo abzulehnen.

Die Frage, ob die Städte und Agglomerationen in die Regionalpolitik einzubeziehen sind, wurde vom Bundesrat bereits in der Vernehmlassung gestellt. Dies wurde in der Vernehmlassung dann von einer überwiegenden Mehrheit klar abgelehnt. Es wäre auch problematisch im Hinblick auf Artikel 103 der Bundesverfassung, der besagt, dass der Bund Landesgegenden unterstützen kann, «wenn zumutbare Selbsthilfemassnahmen zur Sicherung ihrer Existenz nicht ausreichen.» Bei den Agglomerationen stellt sich natürlich schon die Frage, ob sie sich wirklich nicht selber helfen können. Wir sind daher der Ansicht, dass in Auslegung dieser Verfassungsbestimmung schon der Ansatz für eine Agglomerationspolitik im Rahmen der neuen Regionalpolitik vorhanden wäre. Der Bundesrat hat gegenüber der Agglomerationspolitik aber nicht einfach Desinteresse gezeigt; wir haben sie im Bereich der Raumentwicklungspolitik seit Dezember 2001 vielmehr als festen Bestandteil verankert, und – es wurde im Rahmen der Debatte erwähnt – selbstverständlich stehen die Agglomerationen gerade im Verkehrsbereich mit dem Infrastrukturfonds im Vordergrund. Das ist richtig so. Dort besteht auch ein Bedarf, und dort liegt auch die Problematik der Agglomerationen. Nicht zuletzt hat selbst der Schweizerische Städteverband sich klar für diese Vorlage ausgesprochen, selbst wenn man ursprünglich auch dort den Einbezug der Agglomerationen ins Auge gefasst hat. Aber auch der Städteverband sieht heute ein, dass die Gesetzesgrundlagen nicht in der NRP zu schaffen sind, sondern in der Raumpolitik, Verkehrspolitik und Sozialpolitik, also in anderen Bereichen als in jenem Bereich, über den wir heute debattieren.

Ich empfehle Ihnen daher, auf die Vorlage einzutreten, die Rückweisung abzulehnen, und freue mich auf die Detailberatung.

Gysin Remo (S, BS): Frau Bundesrätin, ich knüpfe meine Frage an die erste Fassung des Bundesrates an, wo er sich noch auf Artikel 50 der Bundesverfassung abgestützt hat, der vorschreibt, man müsse die Schweiz gesamthaft, inklusive Agglomerationen und Berggebiete, betrachten. Ich gehe davon aus, dass die Zentren und die Nordwestschweiz auch Regionen sind, gleichberechtigte Regionen sind. Es ist übrigens nicht so mit dem Konsens, den Sie beschworen haben; ich habe Protestschreiben von den Kantonen Aargau, Zürich und Basel bei mir.

Wie können Sie, Frau Bundesrätin, ein Optimum in der Regionalpolitik für die Schweiz insgesamt erreichen, wenn Sie die Motoren, also die grossen Zentren, und praktisch die ganze Nordwestschweiz davon ausklammern?

Leuthard Doris, Bundesrätin: Herr Gysin, wie ich schon gesagt habe: Der Ansatz Städte gegen Regionen, den Sie betreiben, ist ein falscher. Wir unterstützen beide Teile, aber mit anderen Politiken, dort, wo es einen richtigen Ansatz hat. Der richtige Ansatz zur Unterstützung der Agglomerationen und Städte liegt in aller Regel in der Verkehrspolitik; dort haben diese die grossen Probleme. In der Regionalpolitik geht es hingegen um die wirtschaftliche Wertschöpfung, um Arbeitsplätze, die wir auch in peripheren Gebieten ermöglichen möchten. Gerade durch die Landwirtschaftspolitik im Tourismusbereich profitiert die Stadt von einer florierenden regionalen Entwicklung, indem Städter ihre Ferien dort verbringen können, wo es Natur gibt. In den Regionen ist es damit möglich, Arbeit zu erhalten. Deshalb ist das Auseinanderdividieren der falsche Ansatz. Wir setzen beim Gemeinsamen an; wir wollen überall eine Entwicklung. Wir wollen aber nicht in einem Gesetz hundert Ziele angehen, sondern in jedem Gesetz das tun, was zielgerichtet und effizient ist.

Präsident (Janiak Claude, Präsident): Die Berichterstatter verzichten auf das Wort.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen
L'entrée en matière est décidée sans opposition*

Präsident (Janiak Claude, Präsident): Wir stimmen über den Rückweisungsantrag der Minderheit Gysin Remo ab.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit 5 Stimmen

Dagegen 148 Stimmen

1. Bundesgesetz über Regionalpolitik

1. Loi fédérale sur la politique régionale

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 1

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Rennwald, Berberat, Fässler, Fehr Hans-Jürg, Leutenegger Oberholzer, Rechsteiner Paul, Recordon)

Dieses Gesetz soll die Wettbewerbsfähigkeit sowie die Attraktivität als Wirtschaftsstandort und Wohngebiet der Regionen in den unter Artikel 10 festgelegten Gebieten stärken und deren Wertschöpfung erhöhen und so zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in den Regionen, zur Erhaltung einer dezentralen Besiedlung und im Sinne des nationalen Zusammenhaltes zum Abbau regionaler Disparitäten beitragen.

Art. 1

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Rennwald, Berberat, Fässler, Fehr Hans-Jürg, Leutenegger Oberholzer, Rechsteiner Paul, Recordon)

La présente loi vise à améliorer la compétitivité et l'attractivité tant économique que résidentielle des régions comprises dans les territoires définis selon l'article 10 de la présente loi et, indirectement, à contribuer à la création et à la sauvegarde d'emplois dans ces régions, à l'occupation décentralisée du territoire et à l'élimination des inégalités régionales dans un esprit de cohésion nationale.

Präsident (Janiak Claude, Präsident): Die SVP-Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützt.

Rennwald Jean-Claude (S, JU): Lors du débat d'entrée en matière, j'ai souligné que le projet définitif du Conseil fédéral représentait un progrès certain par rapport à l'avant-projet, notamment en ce qui concerne les buts poursuivis par la nouvelle politique régionale, en ce sens qu'on ne se contente plus de ne parler que de la compétitivité, mais qu'on parle aussi de la création et de la sauvegarde d'emplois, de l'occupation décentralisée du territoire et de l'élimination des inégalités régionales. Encore une fois, je souligne que ce texte est un progrès, mais il contient quelque chose de nouveau et cette nouveauté est en fait égale à une lacune, en ce sens que, à l'article 1 relatif au but de la nouvelle politique régionale, on ne parle plus de l'attractivité des régions. Nous considérons que c'est une erreur, que c'est une lacune importante dans le dispositif en ce sens que, pour nous, il ne suffit pas de soutenir la création de valeur ajoutée dans les régions périphériques, mais qu'il faut aussi agir sur l'attractivité.

Dans notre esprit, l'attractivité comprend notamment l'amélioration de la qualité de vie pour les habitants et des conditions de localisation pour les entreprises. Dans les régions touristiques par exemple, le critère de la valeur ajoutée est important, mais dans d'autres types de régions, comme les régions industrielles, l'attractivité n'entre pas forcément dans le projet, ne va pas de soi. Pour supprimer cette inégalité potentielle de traitement, nous estimons qu'il faut ajouter cette notion d'attractivité dans les objectifs de la loi.

En effet, et je conclus par là, l'absence de cette notion d'attractivité signifierait qu'on ne reconnaît pas à sa juste valeur le rôle des collectivités locales ou des structures privées mixtes dans la mise à disposition d'infrastructures qui permettent d'améliorer la qualité de vie des habitants et l'implantation d'entreprises.

Je vous avoue, et du même coup je déclare quasiment mes intérêts, que je me fais ici le relais d'une proposition qui émane du Groupe de concertation des régions de montagne de l'Arc jurassien, c'est-à-dire d'une zone assez importante de régions et de cantons concernés par ce projet.

Präsident (Janiak Claude, Präsident): Die FDP-Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützt.

Bader Elvira (C, SO): Wir möchten Ihnen empfehlen, den Antrag der Minderheit Rennwald abzulehnen. Wir wollen ein einfaches und schlankes Gesetz. Das Ziel soll die wirtschaftliche Unterstützung und Förderung der Regionen sein. Wir sind für die Konzentration auf dieses Ziel. Die Mittel können so effizient eingesetzt werden. Die Probleme in der Raumplanungs- und Wohnbaupolitik wollen wir in der angekündigten Gesamtrevision des Raumplanungsgesetzes lösen. Dasselbe gilt auch für den Minderheitsantrag zu Artikel 4 Absatz 1 Buchstabe a1.

Die CVP-Fraktion unterstützt die Mehrheit.

Fässler-Osterwalder Hildegard (S, SG): Artikel 1 ist ja der Zweckartikel. Aus unserer Sicht enthält er eine einseitige Fixierung auf Wettbewerb. Nicht nur der Wettbewerb, sondern die generelle Wertschöpfung sollte doch eigentlich der Zweck dieses Gesetzes sein. Eine generelle Wertschöpfung erreicht man, wenn eine Region für Unternehmen und für Menschen attraktiv ist. Deshalb haben wir hier diesen Zu-

satz eingebracht. Ich bitte Sie, ihn zu unterstützen. Es nützt nichts, wenn man schöne Worte verliert, für die dezentrale Besiedelung oder gegen die Entsiedelung, wenn man nicht auch als Zweck formuliert, man möchte haben, dass diese Gegenden attraktiv werden und bleiben.

Ich möchte darauf hinweisen, dass Wettbewerb kein Zweck ist. Wettbewerb ist ein Instrument und kein Ziel, auch wenn hier sehr häufig gemeint wird, Wettbewerb an und für sich sei etwas Gutes. Wenn Sie den Wettbewerb als Instrument brauchen wollen, müssen Sie im Zweckartikel auch sagen, mit welchem Zweck oder welchem Ziel Sie dies tun. Das ist das Anliegen der Minderheit. Es geht nicht darum, dass man hier irgendwelche rechtliche Grundlagen für weitere Verwendungen der finanziellen Mittel oder für eine Ausweitung der anderen Instrumente, die im Gesetz festgehalten sind, hätte. Es geht wirklich darum zu sagen, was der Zweck ist. Es geht nicht darum zu sagen, welches die Instrumente sind, mit denen das Ziel erreicht werden soll.

Präsident (Janiak Claude, Präsident): Die grüne Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag der Minderheit Rennwald unterstützt.

Leuthard Doris, Bundesrätin: Ich bitte Sie natürlich, der Mehrheit zu folgen und somit den Minderheitsantrag abzulehnen.

Bei diesem Zweckartikel geht es wirklich darum zu fragen: Was ist das Ziel? Das unmittelbare Ziel ist eben, dass wir die Förderung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und der Wertschöpfung verfolgen wollen. Das ist das unmittelbare Ziel. Dadurch, indirekt, mittelbar, haben wir natürlich dann den Effekt, dass sich das zweifelsfrei auch auf die Arbeitsplätze und auf die Wohngebiete niederschlagen wird. Wir können mit diesem Gesetz aber nicht gleichzeitig Wohnbaupolitik, Raumplanungspolitik oder Arbeitsmarktpolitik betreiben. Das Ziel ist vielmehr, die Fähigkeit der Regionen zu erhöhen, sich dem Wettbewerb, der eine Tatsache ist, stellen zu können. Wir erreichen dieses Ziel durch den Mitteleinsatz für die Verbesserung der vorhandenen Standortfaktoren. Wir wollen mit dem Mitteleinsatz die jeweiligen Stärken der Regionen ausbauen, damit diese durch die Verbesserung ihrer Standortfaktoren eine Perspektive haben und sich mit dieser Perspektive als attraktiven Wohn- und Arbeitsraum auch etablieren können. Insofern ist das Ganze nicht ein Widerspruch. Vielmehr ist der Entwurf des Bundesrates auf den einen unmittelbaren Zweck ausgerichtet, der dann dazu führt, dass diese Regionen selbstverständlich auch als Wirtschafts-, Werkplatz und Wohnorte attraktiv bleiben oder werden.

Ich bitte Sie daher, klar der Mehrheit zu folgen.

de Buman Dominique (C, FR), pour la commission: La commission vous propose dans sa majorité de rejeter cette proposition de minorité Rennwald pour un motif d'ordre général qu'on a pu vérifier dans l'ensemble des travaux de la commission. Cette loi est une loi-cadre, mais c'est une loi qui est quand même spécialisée dans un domaine particulier. Et on a souvent eu, pendant les travaux, la tentation de vouloir en quelque sorte charger ce texte de loi et ajouter des objectifs qui n'étaient pas spécifiquement ceux de la loi. Cette loi était un peu comme un arbre de Noël auquel on a voulu accrocher je ne sais combien de boules pour le décorer; il y a eu constamment cette volonté d'en rester au «core business» si l'on peut dire, à l'objectif de cette loi. Voilà pourquoi, pour ce premier motif, nous vous proposons de rejeter l'amendement Rennwald.

La deuxième réflexion que j'aimerais faire, c'est que, aussi bien intentionnée que soit cette minorité, elle n'amène en réalité pas de plus-value au texte lui-même. En d'autres termes, on ne doit pas confondre les objectifs généraux du pays, ceux que l'on a dans la Constitution fédérale ou qu'on avait débattus par exemple au début de cette législature dans le programme de législature, avec les objectifs ponctuels spécifiques de cette loi. Et ça va même si loin que lorsqu'un des objectifs qui est énuméré à l'article 1 est at-

teint, à savoir l'élimination des inégalités, la conséquence, c'est précisément d'avoir la cohésion nationale. Ou encore, si vous avez la compétitivité et la valeur ajoutée, qui sont des objectifs ponctuels de cette loi, qui sont énumérés au début de l'article 1, la conséquence, c'est bien sûr l'attractivité.

Donc, il ne s'agit pas de dire que la minorité propose des objectifs qui ne seraient pas conformes, mais il sont compris dans les objectifs particuliers de cette loi et ne doivent donc pas être rajoutés ici.

C'est pour toutes ces raisons – pour des raisons systémiques – que je vous demande de rejeter la proposition de la minorité Rennwald.

Walter Hansjörg (V, TG), für die Kommission: In diesen Zweckartikel dürfen wir nicht Zielsetzungen aufnehmen, welche die neue Regionalpolitik nicht zu erfüllen vermag. Bezüglich der Standortattraktivität braucht es andere Instrumente, sie wurden bereits erwähnt: Raumplanung, aber auch gute Verkehrserschliessung, Schulbauten und Infrastruktur. Für deren Unterstützung ist die neue Regionalpolitik nicht vorgesehen.

Ich bitte Sie also, hier nun keine Vermischung vorzunehmen, sondern eine klare Zielsetzung zu geben, damit diese relativ bescheidenen Mittel zweckgebunden und zielgerichtet eingesetzt werden können. Die Mehrheit der Kommission ist der Auffassung, dass die Formulierung des Bundesrates richtig ist.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 96 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 59 Stimmen

Art. 2

Antrag der Mehrheit

....

a1. Die Anforderungen an eine nachhaltige Entwicklung werden berücksichtigt.

....

c. Streichen (siehe Bst. a1)

....

Antrag der Minderheit

(Fehr Hans-Jürg, Berberat, Fässler, Genner, Gysin Remo, Leutenegger Oberholzer, Rechsteiner Paul, Recordon, Rennwald)

Bst. a1

Die Anforderungen an eine nachhaltige Entwicklung werden bezüglich aller drei Nachhaltigkeitsdimensionen erfüllt.

Antrag der Minderheit

(Rennwald, Berberat, Fässler, Fehr Hans-Jürg, Genner, Gysin Remo, Rechsteiner Paul, Recordon)

Bst. dbis

Der Bund fördert die interkantonale Zusammenarbeit.

Art. 2

Proposition de la majorité

....

a1. Les exigences du développement durable sont prises en considération.

....

c. Biffer (voir let. a1)

....

Proposition de la minorité

(Fehr Hans-Jürg, Berberat, Fässler, Genner, Gysin Remo, Leutenegger Oberholzer, Rechsteiner Paul, Recordon, Rennwald)

Let. a1

Les exigences du développement durable sont remplies dans ses trois dimensions (économie, société et environnement).

Proposition de la minorité

(Rennwald, Berberat, Fässler, Fehr Hans-Jürg, Genner, Gysin Remo, Rechsteiner Paul, Recordon)

Let. dbis

La Confédération encourage la collaboration intercantonale.

Präsident (Janiak Claude, Präsident): Wir behandeln die Minderheitsanträge zu Artikel 2 in einer Debatte.

Fehr Hans-Jürg (S, SH): Es geht in diesem Artikel 2 um das Prinzip der Nachhaltigkeit. Im Entwurf des Bundesrates und im Antrag der Mehrheit heisst es, dass «die Anforderungen an eine nachhaltige Entwicklung» berücksichtigt werden müssen. Das war uns von der SP-Fraktion eben zu wenig. Es war uns darum zu wenig, weil in der Botschaft des Bundesrates diese schwache Formulierung, dass die Nachhaltigkeit berücksichtigt werden müsse, etwas ausgedeutet wird.

Ich möchte Ihnen die zwei entscheidenden Passagen aus der Botschaft schnell vorlesen. Auf Seite 256 findet sich dazu folgende Passage: «Die NRP legt das Schwergewicht auf die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und damit auf die wirtschaftliche Dimension. Die soziale und die ökologische Dimension sind jedoch im Umsetzungsprozess zu berücksichtigen.» Es wird also eine ganz klare Präferenz auf den Nachhaltigkeitsfaktor Wirtschaft gelegt. Weiter hinten lese ich unter dem Titel «Nachhaltigkeit» den Satz dann noch einmal fast gleich: «Das Schwergewicht der NRP liegt auf der wirtschaftlichen Dimension der Nachhaltigkeit. Der sozialen und der ökologischen Dimension wird jedoch Rechnung getragen.» Mit anderen Worten: Es ist hier eine Abkehr von der Nachhaltigkeitsmaxime festgehalten. Nachhaltigkeit heisst nämlich per definitionem, dass die wirtschaftliche, die soziale und die ökologische Dimension gleichwertig berücksichtigt werden müssen. Wenn man das so relativiert, wie das in der Fassung der Mehrheit und des Bundesrates gemacht wird, dann wird Nachhaltigkeit zu einem reinen Lippenbekenntnis degradiert. Dann ist das eine gefährliche Relativierung der sozialen und der ökologischen Nachhaltigkeitsdimension.

Wir haben ja in der Realität schon die grösste Mühe, der wirtschaftlichen Entwicklung jeweils auch einen sozialen und einen ökologischen Nutzen abzurufen. Die kapitalistische Marktwirtschaft orientiert sich ja ausschliesslich am ökonomischen Wertschöpfungsprozess und berücksichtigt ökologische und soziale Zielsetzungen von sich aus nicht. Es ist gerade die Aufgabe der Politik, diese zwei zusätzlichen Ziele zum wirtschaftlichen Tun hinzuzufügen. Wenn die Politik jetzt hier, wo es um Politik geht, schon im Ansatz darauf verzichtet und ihre wichtigste Funktion nicht wahrnimmt, dann können wir sicher sein, dass eine nachhaltige Entwicklung mit dieser neuen Regionalpolitik gar nicht angestrebt wird. Wenn dieser Wille vorhanden wäre, dann müsste man sich dazu bekennen. Dann dürfte man nicht nur sagen «wird in Rechnung gestellt», sondern dann müsste es heissen «werden gleichwertig angestrebt und auch gleichwertig erfüllt». Darum habe ich im Antrag der Minderheit dieses Nachhaltigkeitsprinzip integriert; die Anforderungen an eine nachhaltige Entwicklung werden bezüglich aller drei Nachhaltigkeitsdimensionen nicht nur berücksichtigt, sondern erfüllt. Nur so können wir sicher sein, dass die von der neuen Regionalpolitik induzierte ökonomische Entwicklung auch sozialen und ökologischen Nutzen stiftet.

Ich bitte Sie deshalb, diese wichtige Präzisierung zu unterstützen.

Rennwald Jean-Claude (S, JU): Je vais vous faire gagner du temps, car je retire ma proposition de minorité, non pas quant au fond, mais parce qu'à l'article 20, la proposition de la minorité Fehr Hans-Jürg va exactement dans la même direction et il ne sert à rien de faire le débat deux fois.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, erste Vizepräsidentin): Der Antrag der Minderheit Rennwald zu Buchstabe dbis ist zugunsten des Antrages der Minderheit Fehr Hans-Jürg zurückgezogen worden.

Wandfluh Hansruedi (V, BE): In Artikel 2 Litera a1 wird gemäss der Formulierung der Mehrheit die nachhaltige Entwicklung berücksichtigt. Die Minderheit Fehr Hans-Jürg will die Anforderungen an eine nachhaltige Entwicklung nicht nur «berücksichtigt» haben, sie will sie «erfüllt» haben, und das bezüglich aller drei Nachhaltigkeitsdimensionen, also ökonomisch, ökologisch und auch sozial.

Der Grundgedanke des Gesetzes – Herr Kollege Fehr Hans-Jürg hat es ausgeführt – ist ökonomischer, also wirtschaftlicher Natur. Mit dem Gesetz soll die Wertschöpfungskraft in einzelnen Regionen gestärkt werden. Dabei ist es selbstverständlich, dass auch die Ökologie und auch die sozialen Aspekte zu berücksichtigen sind; das Umweltschutzgesetz, das Arbeitsgesetz und viele andere Gesetze sind natürlich einzuhalten. Aber Projekte werden hier wegen ihrer wirtschaftlichen Dimension unterstützt und nicht vorab wegen der Ökologie oder der Sozialverträglichkeit. In diesem Sinne erachten wir eine Aufzählung, eine Ausdeutung, hier nicht als notwendig.

Eine Finesse bezüglich der Formulierung der Mehrheit und der Formulierung der Minderheit ist in den Verben zu sehen: Die Mehrheit will die Anforderungen an eine nachhaltige Entwicklung «berücksichtigt» haben, die Minderheit will sie «erfüllt» haben. Die Problematik des Erfüllens besteht darin, dass jeweils erst im Nachhinein, erst später, feststellbar ist, ob die Anforderungen an die Nachhaltigkeit effektiv erfüllt werden konnten. Die Initianten des Mystery Parks sind beispielsweise davon ausgegangen, dass ihr Projekt wirtschaftlich nachhaltig sein werde. Wir sehen heute, dass das nicht der Fall ist.

Ich bitte Sie im Namen der SVP-Fraktion, den Antrag der Mehrheit zu unterstützen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, erste Vizepräsidentin): Die FDP-Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützen wird.

Bader Elvira (C, SO): Die Minderheit Fehr Hans-Jürg will, dass die drei Nachhaltigkeitsdimensionen bei den verschiedenen Projekten der neuen Regionalpolitik bereits bei der Beurteilung, ob sie unterstützungswürdig sind oder nicht, gleichwertig erfüllt sein sollten. Das ist unserer Ansicht nach praxisuntauglich. Selbstverständlich müssen diese Dimensionen bei der Beurteilung stets berücksichtigt werden. Sie dürfen nicht ausser Acht gelassen werden; so, wie es die Mehrheit will und wie wir es unterstützen. Die Wertschöpfung und die Wettbewerbsfähigkeit stehen aber in diesem neuen Gesetz über die Regionalpolitik ganz klar im Zentrum. Die CVP-Fraktion unterstützt deshalb die Mehrheit.

Recordon Luc (G, VD): Les divergences relatives à cette disposition ne sont pas grandes, mais il s'agit de savoir jusqu'à quel point nous voulons insister. La commission – il faut le reconnaître – a déjà fait un pas d'une certaine importance en remontant en première position de la liste des critères celui du développement durable.

Cela dit, la formulation de la majorité, consistant à prendre en considération les exigences du développement durable, manque encore un peu de force à notre sens; alors que le fait d'exiger que l'on remplisse ces exigences, en insistant aussi de manière didactique sur les trois aspects du développement durable tant environnemental, économique que sociétal, nous semble ici très important. En effet, comme cela a été dit lors du débat d'entrée en matière, il y a parfois une propension, en matière d'aide économique en général et d'aide régionale en particulier, à ne prendre en considération – parce que c'est le domaine de base – que l'économie, les autres aspects étant considérés de façon un peu secondaire comme conditions-cadres qu'il ne faudrait pas totalement oublier. C'est dans ce sens-là – et sans vouloir faire un

quelconque procès à l'intention de base du législateur, représenté par les collègues qui s'opposent à la proposition de la minorité Fehr Hans-Jürg – que le groupe des Verts trouve qu'il est important de disposer d'une base plus forte et plus claire.

Encore une fois, cela a été remarqué, il y a eu ces derniers temps des projets qui ont montré un certain manque de sensibilité sur l'ensemble des trois aspects du développement durable et il ne serait pas malvenu – c'est le moins que l'on puisse dire – de disposer d'une base légale encore plus claire.

Leuthard Doris, Bundesrätin: Ich bitte Sie natürlich, hier bei der Fassung des Bundesrates zu bleiben, in der es bezüglich der Grundsätze in den Literae a, b, c und d keine Priorisierung gibt. Wir haben diese Grundsätze so konzipiert, dass sie kumulativ zu berücksichtigen sind. Die Auflistung ist so gemacht, dass sie nicht zum Ausdruck bringt, ein Grundsatz sei wichtiger oder gewichtiger als der andere. Wenn Sie jetzt diese Literae gemäss Antrag der Mehrheit ändern, so wäre da natürlich auch Folgendes zu gewichten – wenn es eine Priorisierung sein soll –: Sind dann die regionalen Zentren, wenn Sie sie in Litera b so betonen, wichtiger als die Rolle der Kantone gemäss Litera d? Wenn Sie eine Gewichtung vornehmen, wie das die Mehrheit will, wäre eben gerade diese Frage noch zu klären. Das halten wir für gefährlich. Wir sind der Meinung, dass alle Literae, alle Grundsätze gleichwertig sind und bei der Beurteilung der Regionalpolitik, der Projekte, allesamt berücksichtigt werden müssen.

Wenn Sie jetzt noch gemäss dem Antrag der Minderheit Fehr Hans-Jürg die Nachhaltigkeit explizit auf alle drei Dimensionen ausbauen wollen, so halten wir das für äusserst gefährlich und vor allem für nicht umsetzbar. Zunächst möchte ich hier betonen, dass diese Frage vom Seco und vom zuständigen Bundesamt für Raumentwicklung diskutiert wurde. Man war sich einig, dass bei der neuen Regionalpolitik klar die wirtschaftspolitische Zielecke des Nachhaltigkeitsdreiecks zu betonen ist. Man hat aber ebenso festgestellt – und das wird so sein –, dass die Kantone, die mit ihren Programmen ja eine wichtige Funktion erhalten, eine Nachhaltigkeitsbeurteilung durchführen sollen. Als jüngstes Beispiel hat etwa der Kanton Bern am 31. August 2006 die Regierungsrichtlinien für die Jahre 2007 bis 2010 publiziert und dort die nachhaltige Entwicklung als Leitmaxime zum Thema gemacht. Der Kanton Bern schreibt auch in seiner Nachhaltigkeitsbeurteilung: «Ein Hilfsmittel zur inhaltlichen Steuerung ist die Nachhaltigkeitsbeurteilung. Sie ermöglicht es, die Auswirkungen eines Konzeptes oder Sachplanes auf die drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung systematisch und transparent aufzuzeigen. Daraus ergeben sich Hinweise für allfällige Optimierungsmöglichkeiten und eine zusätzliche Grundlage für die Entscheidung bzw. Interessenabwägung.»

Auch hier kommt zum Ausdruck, dass es bei dieser Nachhaltigkeitsfrage letztlich immer um einen Entscheid, um eine Interessenabwägung geht, welche die zuständigen Behörden zu treffen haben. Wir sind daher der Meinung, dass die Formulierung des Bundesrates, dass man das «berücksichtigt», die adäquate ist und diese Entscheidungsfindung, diese Interessenabwägung zum Ausdruck bringt. Es wäre auch für uns schlichtweg nicht möglich, in der Phase eines Mehrjahresprogramms, das wir Ihnen nächstes Jahr vorlegen, bereits bei allen drei Dimensionen beurteilen zu können, inwieweit diese bei den einzelnen Projekten erfüllt sind.

Deshalb sind wir der Ansicht: Es ist selbstverständlich, dass die Nachhaltigkeit ein wichtiges Element der Regionalpolitik ist. Es braucht aber keinen Bezug auf die drei Dimensionen; das würde uns sehr einengen und wäre bei der Programmgestaltung von Anfang an ein Handicap.

de Buman Dominique (C, FR), pour la commission: Au sujet de la proposition de la minorité Fehr Hans-Jürg, la majorité de la commission vous demande de la rejeter. La minorité propose d'explicitier le développement durable avec l'adjonction des termes «économie, société et environnement». Je

souligne encore une fois, et cela correspond à ce qui a été dit tout à l'heure lors de l'entrée en matière et au sujet de l'article 1, que les termes «économie, société et environnement» sont implicitement contenus dans la notion de développement durable. Il n'est donc pas nécessaire d'alourdir à ce stade le texte de loi.

Mais il y a aussi une autre raison que la majorité retient pour vous demander de rejeter la proposition de la minorité. Sur le plan systémique, elle ne serait pas applicable en fonction du texte de loi qui nous est soumis. En effet, la proposition de la minorité Fehr Hans-Jürg parle bien de remplir les exigences, c'est-à-dire que les trois éléments devraient être remplis. C'est une sorte de condition exclusive, alors même que le système de la loi ne met pas de priorités dans les différents principes qui sont énoncés à l'article 2. Vous avez une énumération figurant sous les lettres a-d, sans pour autant qu'un des paramètres exclue les autres. Donc, sur le plan du fonctionnement de la loi, la proposition de la minorité Fehr Hans-Jürg va trop loin. Ou alors, elle aurait dû être rédigée autrement, c'est-à-dire dans un autre article.

Voilà les deux raisons pour lesquelles la majorité de la commission vous demande de la rejeter.

En ce qui concerne la version du Conseil fédéral, nous vous recommandons aussi de l'écarter, parce qu'elle fait un mélange entre les entités et les services qui figurent aux lettres a, b et d. Vous avez là au milieu la notion de développement durable qui est une exigence et qui n'a rien à voir avec une notion de service ou de géographie.

Il y a donc dans la proposition de la majorité une logique qui veut que l'on pose une exigence, qui ne peut cependant pas être prise toute seule, puisqu'il y a précisément une pondération des différents critères. La commission a d'ailleurs pris sa décision de façon très claire, soit par 15 voix contre 7 et 2 abstentions.

Nous vous demandons donc de suivre la proposition de la majorité et d'écarter la proposition de la minorité Fehr Hans-Jürg.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 95 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit Fehr Hans-Jürg 61 Stimmen

Art. 3

Antrag der Kommission

Abs. 1

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates
(die Änderung betrifft nur den französischen Text)

Abs. 2–4

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 3

Proposition de la commission

Al. 1

.... de cantons ou de communes

Al. 2–4

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 4

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Gysin Remo, Fässler, Fehr Hans-Jürg, Genner, Leutenegger Oberholzer, Rechsteiner Paul, Recordon, Rennwald)

Abs. 1 Bst. a1

a1. die nachhaltige Bodennutzung fördern und der Zersiedelung entgegenwirken;

Abs. 2 Bst. b

Streichen

Art. 4

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Gysin Remo, Fässler, Fehr Hans-Jürg, Genner, Leutenegger Oberholzer, Rechsteiner Paul, Recordon, Rennwald)

Al. 1 let. a1

a1. encouragent une utilisation durable des sols et qui combattent le morcellement du paysage;

Al. 2 let. b

Biffer

Gysin Remo (S, BS): Die kleinräumige Schweiz muss mit ihrem Boden, mit ihrem Raum sorgfältig umgehen. Das ist Sinn und Zweck dieses Antrages. Es geht darum, dass Initiativen, Programme und Projekte, die zu einer besseren, nachhaltigen Bodennutzung führen und die Zersiedelung in unserem Land tendenziell stoppen, auch gefördert werden können. Ich mache darauf aufmerksam, dass dezentrale Siedelung, wie sie in der Landwirtschaft in der Schweiz üblich ist, bestehen bleiben soll. Das ist ein Bestandteil des Konzeptes. Dezentrale Siedelung ist nicht gleichzusetzen mit Zersiedelung. Ich denke hier an Zersiedelung in Agglomerationen, aber auch in schönsten Gegenden wie dem Engadin oder in Davos. Dort haben Sie das anerkannte Problem von Zweitwohnungen, die bestenfalls während zwei bis drei Wochen im Jahr belegt sind, aber einen Rattenschwanz von Problemen verursachen. Solche Probleme sind auch regionale Probleme; sie sollen angegangen werden können. Dazu braucht es diese zusätzliche Verankerung, die auch die Bodennutzung unterstützt und der Zersiedelung der Landschaft entgegenwirkt.

Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit zu unterstützen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, erste Vizepräsidentin): Die FDP-Fraktion und die SVP-Fraktion teilen mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützen werden.

Leuthard Doris, Bundesrätin: Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag abzulehnen, und zwar primär mit dem Verweis auf Artikel 1 des heutigen Raumplanungsgesetzes. In diesem Artikel heisst es: «Bund, Kantone und Gemeinden sorgen dafür, dass der Boden haushälterisch genutzt wird.» Weiter heisst es, sie seien bestrebt, «das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Leben in den einzelnen Landesteilen zu fördern und auf eine angemessene Dezentralisation der Besiedlung und der Wirtschaft hinzuwirken». Sie sehen also, dass der Antrag der Minderheit raumplanerische Zielsetzungen und Massnahmen mit denjenigen der Regionalpolitik vermischen will – zum Teil mit ähnlichen, zum Teil aber auch mit widersprüchlichen Begriffen. Wenn man in der Raumplanung das Ziel der haushälterischen Bodennutzung nicht in den Griff bekommt, so kann man nicht via Regionalpolitik darauf Einfluss nehmen. Wenn man der Meinung ist, dieses Ziel werde nicht erreicht, muss man vielmehr im Raumplanungsgesetz Korrekturen vornehmen.

Wir sind auch der Ansicht, dass dieser Antrag nicht umsetzbar wäre. Können Sie mir sagen, was eine nachhaltige Bodennutzung ist? Wie kann man das messen? Auch hier geht es schliesslich wieder um eine Interessenabwägung, um Entscheidungen im Einzelfall. Wenn sich ein Projekt lokal als nachhaltig erweist, trifft es dann automatisch auch für die regionale oder nationale Dimension zu?

All das sind meines Erachtens unbeantwortete, vielleicht auch unbeantwortbare Fragen, die letztlich dazu führten, dass Projekte verzögert oder gar verhindert würden. Ich plädiere dafür, dass wir in der Raumplanungspolitik die raumplanerischen Fragen regeln und in der Regionalpolitik die regionalpolitisch und wirtschaftspolitisch wirksamen Instrumente verankern. Sonst haben wir wieder unterschiedliche Ziele im selben Gesetz vermengt, und genau das wollen wir nicht. Wir wollen ein effizientes Gesetz, das zielgerichtet dem einen Zweck dient: der Wertschöpfung in der Region.

Walter Hansjörg (V, TG), für die Kommission: Eine nachhaltige Bodennutzung kann man schon definieren, das möchte ich hier richtigstellen. Aber es geht hier um etwas anderes. Die neue Regionalpolitik hat die Aspekte der Raumplanung, der regionalen Nutzungsplanungen und der Ortsplanungen zu erfüllen, Punkturn. Es wäre aber falsch, wenn wir jetzt in diesem Gesetz undefinierte neue Zielsetzungen festlegen würden. Das kann in der Umsetzung nicht funktionieren. Es ist ja wichtig, dass wir bei unseren Gesetzen eine klare Ordnung haben. Wir haben die Raumplanung, wir haben die Ortsplanung, und da gibt es unterschiedliche Standards in den Regionen. Das bestimmen in Zukunft sowieso vermehrt die Regionen und weniger der Bund.
Ich bitte Sie deshalb, der Mehrheit zuzustimmen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 88 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 56 Stimmen

Art. 5

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 6

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Robbiani

Abs. 1 Bst. c

c. dadurch in den Grenzregionen ein ausgeglichener Arbeitsmarkt angestrebt wird.

Art. 6

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Robbiani

Al. 1 let. c

c. si elle favorise le fonctionnement équilibré du marché du travail dans les régions frontalières.

Präsidentin (Egerszegi-Obirst Christine, erste Vizepräsidentin): Die SP-Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag Robbiani unterstützen wird.

Robbiani Meinrado (C, TI): Ce projet de loi considère à juste titre le soutien aux régions frontalières et à la collaboration transfrontalière comme un élément de la politique régionale. Il est évident que la collaboration transfrontalière peut permettre à certaines régions d'atteindre une masse critique suffisante et favorable à leur développement économique, comme elle peut permettre à d'autres régions de mettre à profit les atouts qui sont présents au-delà de la frontière pour améliorer leur compétitivité.

Par cette collaboration, qui lie des régions de part et d'autre de la frontière, ces régions peuvent aussi être un laboratoire intéressant et précieux pour de meilleures et de plus étroites collaborations et relations entre la Suisse et les pays limitrophes, entre la Suisse et l'Union européenne. Il est donc justifié d'inscrire à l'article 6 de la loi fédérale sur la politique régionale qu'on peut soutenir les projets qui visent à créer plus de valeur ajoutée ou qui ont une importance stratégique du point de vue national.

A côté de ces deux catégories de projets – celle axée sur la valeur ajoutée et celle axée sur l'importance stratégique du point de vue national – qui peuvent bénéficier d'aides financières, il me paraît toutefois utile et opportun d'en ajouter une troisième: la catégorie des projets qui concernent le marché du travail. Ce complément me paraît justifié surtout à la lumière du récent Accord sur la libre circulation des personnes. Ce nouveau régime de la gestion de la main-

d'oeuvre étrangère a ouvert un horizon nouveau où il y a d'un côté des potentiels, des opportunités et, de l'autre, des problèmes et des défis qu'il faut affronter. Si par le passé le flux de main-d'oeuvre étrangère était contrôlé par le haut, par l'autorité, aujourd'hui cela n'est plus le cas. Il faut donc, si on veut un fonctionnement équilibré du marché du travail, intervenir par le bas. Des projets de collaboration transfrontalière peuvent y contribuer.

Dans les régions où les flux de main-d'oeuvre frontalière sont considérables, on a donc intérêt à développer des espaces de collaboration transfrontalière, dans le domaine du marché du travail aussi. De tels espaces ne sont pas en contradiction avec les mesures d'accompagnement à la libre circulation des personnes. Celles-ci visent surtout à empêcher et à combattre des abus et sont le fait de décisions unilatérales, donc des autorités suisses. Il ne s'agit pas non plus d'empiéter sur le droit du travail qui vise à protéger la personnalité et la santé des travailleurs.

La collaboration transfrontalière devrait plutôt concerner des initiatives permettant d'améliorer certains aspects du fonctionnement du marché du travail. Je vous donne des exemples. On pourrait soutenir des projets qui améliorent l'information, le soutien aux travailleurs qui vont travailler au-delà de la frontière. On pourrait même soutenir des projets visant à mieux reconnaître les diplômes en deçà et au-delà des frontières. Ce sont des projets qui n'ont pas un impact direct sur la valeur ajoutée évidemment, mais qui améliorent la position et aussi les relations à l'intérieur du marché du travail entre les différentes catégories de travailleuses et de travailleurs.

Ce domaine, à mon avis, suite à l'entrée en vigueur de la libre circulation des personnes, revêt une importance et une actualité tout à fait particulières et mérite donc d'être inséré explicitement parmi les catégories de projets qui peuvent bénéficier d'un soutien financier sur la base de la politique régionale.

Je vous invite donc à adhérer à cette proposition qui ne bouleverse pas du tout l'article 6, mais au contraire le complète sur un thème d'actualité comme celui du marché du travail.

Leuthard Doris, conseillère fédérale: Je comprends bien la proposition Robbiani. Je suis tout à fait d'accord que nous avons aussi la responsabilité du marché du travail. C'est précisément la question principale. Votre proposition prévoit une intervention sur le marché du travail. Or pour cela, nous disposons des instruments de la politique du marché du travail, et non pas de ceux de la politique régionale.

Si votre proposition est adoptée, il y aura un mélange entre des instruments différents. La politique régionale a vraiment pour but principal de favoriser la croissance, d'améliorer la situation économique dans les régions périphériques, et non pas d'être un instrument destiné à faire fonctionner de façon équilibrée le marché du travail. C'est pour cela que nous pensons qu'il faut se concentrer vraiment sur le but que la politique régionale doit atteindre. Les autres demandes, soit par exemple celle d'influer sur le marché du travail, sont à résoudre au moyen des instruments relevant de la politique du marché du travail.

Je vous propose de rejeter la proposition Robbiani.

de Buman Dominique (C, FR), pour la commission: L'amendement de Monsieur Robbiani n'était pas connu de la commission au moment où elle a tenu ses débats au sujet de ce projet de loi. C'est la raison pour laquelle il n'y a pas de vote ni de recommandation chiffrée à exprimer. Néanmoins, la remarque que l'on peut faire, dans l'esprit des délibérations de cette loi, c'est que le but que veut assigner Monsieur Robbiani à cette coopération transfrontalière est louable. C'est un but qui n'est pas contradictoire avec l'ensemble des objectifs, mais ce n'est pas l'objectif de cette loi. Donc, les remarques qui ont été faites à des articles précédents sont valables ici. Pour le reste, Madame la conseillère fédérale Leuthard a donné les arguments de fond.

Donc, au nom de la commission, je dois malheureusement vous demander de rejeter la proposition Robbiani.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 78 Stimmen

Für den Antrag Robbiani 63 Stimmen

Art. 7*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Gysin Remo)

Abs. 2 Bst. b

Streichen

Art. 7*Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Gysin Remo)

Al. 2 let. b

Biffer

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, erste Vizepräsidentin): Der Antrag der Minderheit Gysin Remo wurde zurückgezogen.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit**Adopté selon la proposition de la majorité***Art. 8, 9***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Art. 10***Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Gysin Remo)

Streichen

Art. 10*Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Gysin Remo)

Biffer

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, erste Vizepräsidentin): Auch dieser Antrag der Minderheit Gysin Remo wurde zurückgezogen.

*Angenommen gemäss Antrag der Mehrheit**Adopté selon la proposition de la majorité***Art. 11***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

*Angenommen – Adopté***Art. 12***Antrag der Mehrheit**Abs. 1*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 2

....

a. Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

....

c. der Kanton eine Nachzahlungsregelung vorsieht für Fälle missbräuchlich beanspruchter Steuererleichterungen.

Abs. 3

Der Bundesrat legt, nach Konsultation der Kantone, die Gebiete fest, in denen Unternehmen von diesen Erleichterungen profitieren können, sowie die Modalitäten der Finanzaufsicht, insbesondere die Pflicht, Informationen über die Wirkung der gewährten Steuererleichterungen einzuholen und weiterzuleiten.

Antrag der Minderheit

(Fässler, Berberat, Fehr Hans-Jürg, Genner, Gysin Remo, Leutenegger Oberholzer, Rechsteiner Paul, Recordon, Rennwald)

Abs. 2

....

a. ein industrielles Unternehmen oder ein produktionsnaher Dienstleistungsbetrieb in der Schweiz neue Arbeitsplätze schafft oder im Kanton bestehende neu ausrichtet;

....

Art. 12*Proposition de la majorité**Al. 1*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 2

....

a. Adhérer au projet du Conseil fédéral

....

c. aux cantons ayant adopté des dispositions prévoyant le paiement des arriérés en cas de demande abusive d'allègements fiscaux.

Al. 3

Le Conseil fédéral, après consultation des cantons, définit les zones dans lesquelles les entreprises peuvent bénéficier d'allègements fiscaux et les modalités de la surveillance financière, notamment l'obligation de collecter et de transmettre les informations relatives aux effets des allègements accordés.

Proposition de la minorité

(Fässler, Berberat, Fehr Hans-Jürg, Genner, Gysin Remo, Leutenegger Oberholzer, Rechsteiner Paul, Recordon, Rennwald)

Al. 2

....

a. aux entreprises industrielles ou aux entreprises de services proches de la production qui créent de nouveaux emplois en Suisse ou qui réorientent des emplois dans un canton;

....

Fässler-Osterwalder Hildegard (S, SG): Wenn Sie auf der Fahne Artikel 12 anschauen, sehen Sie, dass hier sowohl im Ständerat als auch in der nationalrätlichen WAK eine Diskussion stattgefunden hat. Es geht hier – sowohl beim Beschluss des Ständerates wie beim Antrag meiner Minderheit – nicht darum, das Prinzip des Bonny-Beschlusses infrage zu stellen, selbst wenn in meiner Fraktion nicht alle besonders begeistert davon sind, dass man hier mit dem Instrument der Steuererleichterungen arbeitet. Aber es ist ein Instrument, das sich in den letzten Jahren bei vielen Ansiedlungen bewährt hat. Es geht hier jedoch darum, wie wir das anwenden und auf wen wir das anwenden wollen.

Die Idee ist ganz einfach: Wir wollen dann keine Anwendung des ehemaligen Bonny-Beschlusses, wenn ein Unternehmen schon in der Schweiz war und den Kanton wechselt. Der Kanton, in den dann das Unternehmen zieht, sollte nicht mit Steuererleichterungen arbeiten können. Es geht hier vielmehr nur darum, jene Unternehmen entlasten zu kön-

nen, die vom Ausland in die Schweiz kommen; das war hier die Diskussion.

Wie Sie sehen, hat der Ständerat die folgende Variante gewählt: «Steuererleichterungen werden nur gewährt, soweit ein industrielles Unternehmen oder ein produktionsnaher Dienstleistungsbetrieb neue Arbeitsplätze schafft oder bestehende neu ausrichtet und nicht von einem anderen Kanton übersiedelt.»

Ich schlage Ihnen einfach eine noch präzisere Formulierung dieses Problems vor, und zwar: «Steuererleichterungen bei der direkten Bundessteuer werden nur gewährt, soweit ein industrielles Unternehmen oder ein produktionsnaher Dienstleistungsbetrieb in der Schweiz neue Arbeitsplätze schafft oder im Kanton bestehende neu ausrichtet.» Es geht hier also darum zu verhindern, dass dieses Instrument rein aufgrund eines Kantonswechsels wieder Anwendung finden könnte. Erleichterungen sollen also jene haben, die in der Schweiz neue Arbeitsplätze schaffen oder im Kanton ihre Firma neu ausrichten und damit auch neue Arbeitsplätze schaffen. Ich meine, dass die Formulierung des Antrages der Minderheit – man kann ja auch mal einer Mathematikerin etwas Sprachfähigkeit zumuten oder unterstellen – besser ist als diejenige, die der Ständerat beschlossen hat, aber es ist inhaltlich genau dasselbe.

Ich möchte Sie deshalb bitten, hier der Minderheit zuzustimmen; der Ständerat kann dann zwischen seiner und unserer Variante wählen. Aber es ist hier ein Problem, das einfach besser geregelt ist, als wenn wir gar nichts machen. Ich finde es ein bisschen schade, dass die Mehrheit hier nicht eingeschwenkt ist. Wenn Sie mit der Mehrheit stimmen, dann haben wir einfach eine Differenz, und ich hoffe, dass das Anliegen dann trotzdem wieder aufgenommen wird. Wenn Sie meinem Minderheitsantrag zustimmen, haben wir eine Differenz in derselben Sache.

Wandfluh Hansruedi (V, BE): Die SVP-Fraktion unterstützt hier die Mehrheit und damit den Bundesrat. Die Ständeratsvariante ist insofern problematisch, als sie inländische Firmen gegenüber ausländischen Unternehmen diskriminiert. Sie wurde von niemandem aus der Kommission aufgenommen.

Die Minderheit Fässler führt hier eine geografische Komponente ein und präzisiert die Bundesratsformulierung. Doch die Präzisierung trägt meiner Meinung nach – hier steht die Meinung der Mathematikerin gegen die des Ingenieurs – wenig zum Verständnis bei. Im Gegenteil: Sie verwirrt eher. Für mich ist es an und für sich klar, dass ein industrielles Unternehmen keine Steuererleichterungen erhält, wenn es im Ausland Arbeitsplätze schafft. Es erhält Steuererleichterungen nur, wenn es in der Schweiz Arbeitsplätze schafft. Das ist selbstverständlich. Auch erhält es Steuererleichterungen nur, wenn auch der Kanton entsprechende Steuererleichterungen gewährt. Entsprechend ist hier von mir aus gesehen keine Präzisierung nötig. Mit der Nennung des Kantons im Antrag der Minderheit Fässler sollen Missbräuche bekämpft werden, sodass Unternehmen, die von einem Kanton in den andern wechseln, eben nicht von Steuererleichterungen profitieren. Die Kommission hat mit Litera c eine Missbrauchsbestimmung eingeführt, die dieses Problem im Prinzip angeht und löst.

Ich bitte Sie in diesem Sinne im Namen der SVP-Fraktion, hier die Mehrheit zu unterstützen.

Favre Charles (RL, VD): Les allègements fiscaux sont l'un des outils de cette politique régionale, un outil important mais certes pas le seul, comme nous le voyons dans cette loi. Cet outil a un but: il ne s'agit en aucun cas de faire un cadeau fiscal, mais de favoriser l'implantation d'entreprises ainsi que leur développement dans les régions les plus périphériques.

Nous sommes conscients qu'il faut que la création d'emplois ne soit pas temporaire, mais véritablement durable. Il s'agit, pour la collectivité publique, par ces allègements, de faire un investissement. Ce que nous dit cette loi est clair: il faut que

ces emplois soient créés et qu'également nous puissions participer à leur réorientation.

Nous pensons que la formulation du Conseil fédéral est meilleure que celle proposée par la minorité, car nous considérons que la situation doit être analysée en fonction de la lettre c proposée par la commission, qui porte sur le fait qu'il faut absolument éviter les abus. Alors, la question est de savoir s'il faut établir la règle dans la présente loi ou bien demander aux cantons, qui sont proches du terrain, d'établir cette législation contre les abus: c'est ce que veut la commission à la lettre c. Nous pensons qu'il y a ici une grande sagesse, car ce sont les cantons et les régions qui sont à la base des demandes d'allègements fiscaux. Ce sont eux qui sont proches du terrain, ce sont eux qui devront contrôler l'application de ces allègements fiscaux, notamment voir si telle ou telle entreprise quitte la région à l'issue de la période durant laquelle elle a bénéficié desdits allègements. Donc, nous considérons qu'il ne faut pas inclure la réglementation contre les abus dans la loi elle-même, mais laisser cette possibilité aux cantons.

C'est la raison pour laquelle, à nos yeux, la formulation voulue par la majorité de la commission est supérieure à celle soit du Conseil des Etats, qui prend une demi-mesure, soit de la minorité. Nous vous demandons de bien vouloir suivre le concept proposé par la majorité. Pour nous, il faut lutter contre les abus, mais pas seulement lorsqu'il y a déplacement d'un canton à l'autre, mais contre tous les abus. Pour établir cette législation, les cantons sont mieux placés que si l'on inclut cet aspect dans la législation fédérale.

Recordon Luc (G, VD): Là encore, je crois qu'on peut se réjouir de la volonté ferme de prendre, en matière d'allègements fiscaux, une position stricte. A l'instar de ce que dit Monsieur Favre, je crois que tout le monde dans la commission – et j'espère tout le monde au sein de cette assemblée – souhaite que les allègements qui ont été obtenus de manière abusive, et qui pourraient avoir donné lieu à un profit à court terme et ensuite à un départ de l'entreprise, soient sanctionnés.

Il s'agit maintenant de choisir la formule. Ce n'est pas tellement à la lettre c que la question se pose; c'est plutôt à la lettre a, avec la proposition de la minorité Fässler qui, au sens du groupe des Verts, est mieux formulée que les versions tant du Conseil fédéral que, même, du Conseil des Etats. Nous sommes très clairement d'avis que la manière dont on exprime en particulier la notion de réorientation dans le canton englobe largement ce qu'a voulu faire le Conseil des Etats. C'est donc mieux que la version adoptée par ledit conseil.

Au nom du groupe des Verts, je vous demande de soutenir la proposition de la minorité Fässler.

Donzé Walter (E, BE): Die EVP/EDU-Fraktion unterstützt die Minderheit Fässler bei Artikel 12 und logischerweise dann auch bei Artikel 19. Uns scheint es absolut logisch, dass Steuererleichterungen dann gewährt werden, wenn sie einen Vorteil für unser Land bringen; das heisst – mit anderen Worten –, wenn durch die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Schweiz auch wieder Steuersubstrat bei der Einkommenssteuer erzeugt wird.

In diesem Sinne – denke ich – gehört es zum Verantwortungsbereich einer Finanzkontrolle, hier für die Steuerträger zu sorgen. Die Finanzkommission hat das wahrzunehmen. Auch wir als Parlament haben hier so zu legislieren. Logischerweise, sage ich, stimmen wir auch bei Artikel 19 der Minderheit zu, weil da ein Zusammenhang besteht. Das Bundesamt soll eine Schätzung der insgesamt gewährten Steuererleichterungen erstellen. Es kann ja nicht sein, dass sich der Bund beim Monitoring über dieses Geschäft dann im Blindflug übt.

In diesem Sinne unterstützen wir hier bei Artikel 12 und bei Artikel 19 die Minderheit Fässler.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, erste Vizepräsidentin): Die CVP-Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützen wird.

Rennwald Jean-Claude (S, JU): Je crois que la proposition de la minorité Fässler est pleine de bon sens – comme d'habitude, serais-je tenté de dire. Si l'on veut bien comprendre l'enjeu du débat concernant cet article, je crois qu'il est nécessaire de se livrer à une véritable exégèse, parce qu'en fait trois expressions distinguent la proposition de la minorité Fässler de la version du Conseil fédéral.

D'abord, l'expression «nouveaux emplois», à travers laquelle je comprends deux choses: une notion quantitative, c'est-à-dire des emplois supplémentaires, et une notion qualitative, c'est-à-dire des emplois qui vont dans le sens d'une diversification et qui soient si possible qualifiés, voire très qualifiés. Ensuite, la deuxième expression qui distingue la proposition de la minorité Fässler de la version du Conseil fédéral, c'est «en Suisse». On dira peut-être que c'est superfétatoire, mais je crois que certaines choses, même si elles paraissent évidentes à première vue, méritent tout de même d'être mentionnées.

Enfin, la troisième différence – et c'est peut-être la plus importante –, c'est l'expression «qui réorientent des emplois dans un canton». Je considère que cette notion est assez fondamentale, parce qu'à mon sens l'acceptation de ce texte est de nature à éviter une concurrence stérile, voire déloyale, entre cantons; elle est aussi de nature à empêcher des délocalisations, non pas à l'échelle européenne ou mondiale, mais à l'échelle intercantonale. Et je crois que les soucis formulés par Madame Fässler et l'esprit de sa proposition vont exactement dans le sens de la décision du Conseil des Etats, mais à mon avis avec des précisions un peu plus rigoureuses.

J'aimerais enfin dire que je viens d'une vaste région, qui est celle de l'Arc jurassien, qui a largement bénéficié – d'ailleurs à juste titre – des instruments de la politique régionale et en particulier de l'arrêté Bonny, mais qui a aussi connu quelques drames, voyant des entreprises qui avaient touché des aides quitter ensuite le territoire régional ou cantonal pour aller s'installer ailleurs. Je crois que ce n'est pas le but du projet de loi dont nous débattons aujourd'hui.

Par conséquent, je vous invite, au nom du groupe socialiste, à soutenir la proposition de la minorité Fässler.

Leuthard Doris, Bundesrätin: Bei diesem Artikel zu den Steuererleichterungen war ich sehr froh um eine gute Diskussion in der WAK Ihres Rates. Die Kommission hat das Thema intensiv diskutiert. Ich glaube auch, dass die Lösung der Mehrheit eine gute Lösung ist. Diskussionen über Steuererleichterungen und die Weiterführung des Bonny-Beschlusses wurden auch in der Vernehmlassung geführt. Mit diesen Präzisierungen kann man den Rahmen gut abstecken.

In der Sondersession hat der Ständerat einen Abänderungsantrag angenommen, der präzisiert, dass Unternehmen, die ihren Hauptsitz verschieben, nicht von Steuererleichterungen profitieren können. Mein Vorgänger hat bereits damals mitgeteilt, dass es der heutigen Praxis des EVD entspreche, derartigen Fiskaltourismus zu vermeiden. Zentral ist für uns, dass schweizerische oder ausländische Unternehmen – wir machen hier keine Diskriminierung – Arbeitsplätze und damit eben Mehrwert schaffen.

Es gibt Befürchtungen, dass diese Änderung auf internationaler Ebene als unlauterer fiskalischer Wettbewerb angesehen werden könnte. Meines Erachtens trifft dies aber nicht zu. Unternehmen, welche die Bedingungen erfüllen, würden auch in Nachbarländern in den Genuss von Unterstützungen der öffentlichen Hand kommen. Auf der Basis dieser Überlegung gehe ich mit der Kommissionsmehrheit einig, dass die anfängliche Version des Bundesrates die richtige ist. Die Version der Minderheit scheint mir den Sachverhalt nicht wirklich zu klären und bietet keine Alternative. Sie unterscheidet sich wirklich nur in zwei Bereichen vom Text des Bundesrates: «in der Schweiz» und «im Kanton» ist die Unterscheidung. Für uns steht Folgendes im Vordergrund:

Steuererleichterungen erhalten diejenigen Betriebe, die neue Arbeitsplätze schaffen oder bestehende neu ausrichten. Diese Voraussetzungen müssen erfüllt sein, dann gewährt man befristete Steuererleichterungen. Wichtig ist auch die Ergänzung betreffend den allfälligen Tourismus von Unternehmen.

Walter Hansjörg (V, TG), für die Kommission: Wichtig ist in diesem Artikel, dass wir in der Mehrheit eine Ergänzung der Definition zur Steuererleichterung vorgenommen haben. Hier hatten wir eine gute Diskussion und waren uns am Schluss einig, dass dies nötig ist. Das betrifft die Ergänzungen in Absatz 2 Buchstabe c und Absatz 3, wo die Problematik zur Steuererleichterung behandelt wird und den Kantonen auch ein Controlling auferlegt wird.

Zu Absatz 2 Buchstabe a, wo die Minderheit Fässler eine andere Formulierung beantragt: Für mich ist das eine zu starke Einschränkung. Wir müssen sehen, dass die Kantonsgrenzen eben nicht die Wirtschaftsgrenzen sind. Ich bin überzeugt, dass es genügt, wenn wir hier die knappe bündelsrätliche Fassung verwenden und auf die Kantonsgrenzen nicht Rücksicht nehmen.

Fässler-Osterwalder Hildegard (S, SG): Herr Walter, dann würde das heissen, dass Sie es tatsächlich im Sinne des Bonny-Beschlusses unterstützungswürdig finden, wenn ein Unternehmen von einem Kanton in den anderen wechselt und in diesem Kanton dann neue Arbeitsplätze schafft? Ist es Ihre Meinung, dass dieses Unternehmen dann auch steuerlich entlastet würde? Das würde unsere ganze Wirtschaftspolitik ziemlich auf den Kopf stellen. Und in Buchstabe c, wo es um den Missbrauch geht, wäre das dann ja nicht enthalten, denn das, was Sie verhindern wollen, indem Sie meinem Minderheitsantrag nicht zustimmen, wäre ja dann erlaubt, und dagegen gibt es keine Missbrauchsklausel.

Wollen Sie also tatsächlich jedes Unternehmen, das den Kanton wechselt und dort dann Arbeitsplätze schafft, steuerlich entlasten? Ich habe gemeint, so sei die Diskussion nicht gelaufen, aber vielleicht klären Sie mich auf.

Walter Hansjörg (V, TG), für die Kommission: Wenn ein Unternehmer den Kanton wechselt, um eine neue Steuererleichterung zu erzielen, so sind wir der Meinung, dass nach Abklärung dieses Sachverhaltes eine missbräuchlich beanspruchte Steuererleichterung besteht. Wenn es aber um neue Arbeitsplätze geht – aus irgendwelchen anderen Gründen – oder wenn das Unternehmen den Kanton wechseln muss, um die Firma neu auszurichten, und neue Arbeitsplätze schafft oder bestehende neu ausrichtet, so haben wir mit der Formulierung der Mehrheit mehr Flexibilität; ich könnte mir das durchaus vorstellen. Für den Tatbestand der Steuererleichterung muss das beurteilt werden, und dafür sind dann die Kantone, nach ihrer Konsultation, zuständig.

Die Formulierung der Mehrheit ist also offener als jene des Minderheitsantrages Fässler.

de Buman Dominique (C, FR), pour la commission: L'article 12 est incontestablement un de ceux qui ont donné lieu aux plus vives discussions au sein de la commission. Je m'empresse de dire qu'elles ont été très constructives, tant il est vrai que toutes les forces politiques en présence ont voulu éviter les dérapages et les abus en matière d'allègements fiscaux.

Ceci dit, la majorité de la commission préfère la version du Conseil fédéral à l'alinéa 2 lettre a, parce que la structure de cet article prévoit précisément l'adjonction de la lettre c et de l'alinéa 3. La lettre c prévoit d'accorder des allègements de l'impôt fédéral direct si les cantons luttent contre les abus. Je crois que le vœu exprimé par Madame Fässler va dans ce sens. En effet, si l'on se rend compte qu'une entreprise abuse manifestement en voulant obtenir des allègements fiscaux dans plusieurs cantons successivement, on devra, selon la lettre c, lutter contre l'abus.

J'ajoute un élément à l'intention de la Commission de rédaction. Il ne s'agit pas d'ouvrir un débat, mais la version alle-

mande de la lettre c me semble plus correcte que celle qui figure dans le dépliant en français. En français, on lit «paiement des arriérés en cas de demande abusive». «Arriérés» se rapporte en français à une somme qui est due, mais qui est payée avec du retard. Dans la version allemande, on parle de «Nachzahlungsregelung für Fälle missbräuchlich beanspruchter Steuererleichterungen»: cela veut bien dire que la somme n'était pas due, qu'elle a été obtenue de façon abusive. Lorsqu'il s'agira de mettre le texte au net, ce sera bien entendu la version allemande qui devra être prise en considération et l'on adaptera la version française en conséquence.

Voilà pour ce qui concerne la position de la majorité. Il faut être bien conscient, comme l'ont relevé plusieurs orateurs, que l'application est délicate parce que les frontières sont aussi des notions qui peuvent poser problème. L'essentiel est, à mon avis, au niveau de l'ordonnance d'application, que tout soit mis en oeuvre pour lutter contre les abus, puisque les sommes à disposition ne sont pas non plus importantes et qu'il s'agit de n'aider que les entreprises qui créent des emplois, de la plus-value, et qui suivent l'esprit de la loi.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 85 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit 67 Stimmen

Art. 13

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag Robbiani

Abs. 2

Der Bund legt für seine Beschaffungen Regeln fest, um Unternehmen aus allen Regionen die Beteiligung zu erleichtern.

Art. 13

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition Robbiani

Al. 2

Pour ses offres d'achat, la Confédération adopte des modalités facilitant la participation des entreprises de toutes les régions.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, erste Vizepräsidentin): Die SP-Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag Robbiani unterstützt. Die SVP-Fraktion teilt mit, dass sie ihn ablehnt.

Robbiani Meinrado (C, TI): L'article 13 énumère une série de mesures d'accompagnement que peut prendre la Confédération pour renforcer l'impact des instruments plus directs de politique régionale, c'est-à-dire les instruments à caractère financier. Et dans le cadre des mesures d'accompagnement, il serait à mon avis utile de tenir compte aussi du rôle indirect – mais tout sauf marginal – que la Confédération et les entreprises qu'elle contrôle jouent en tant qu'acheteur de biens et de services.

Les achats de la Confédération et des entreprises qu'elle contrôle se montent chaque année à environ 3,5 milliards de francs – «non è una bazzecola» – et on ne peut pas nier que ce montant ait aussi un impact du point de vue régional, bien que le Conseil fédéral continue à refuser ce constat. Or, si l'on étudie de près les statistiques annuelles relatives à ces achats, on s'aperçoit que la distribution régionale est très diversifiée. Cela provoque une certaine perplexité. Par exemple, il y a des régions qui – bien qu'elles aient la même population que d'autres – reçoivent des commandes pour des montants dix fois supérieurs aux autres régions.

On ne peut pas nier que le problème existe. Il suffirait de consulter les interventions parlementaires déposées ces dernières années par quelques collègues qui siègent dans notre conseil, par exemple celles de Messieurs Pelli, Darbel-

lay, Kohler, Brunner Toni et de Madame Meier-Schatz, et qui toutes mettent le doigt sur le problème. Il ne s'agit pas de prétendre que la Confédération répartisse ses achats de manière mathématique entre les différentes régions; je ne prétends pas non plus que la Confédération fasse de la politique régionale au sens strict dans le domaine de ses achats, mais on peut légitimement demander que la Confédération n'oublie pas que ses achats exercent tout de même une retombée au niveau régional.

Dans cet ordre d'idées, ma proposition vise à faire en sorte que la Confédération se préoccupe au moins de garantir des conditions de participation aux offres d'achat les plus équitables possibles sur tout le territoire de notre pays. Il faut surtout éviter que les entreprises qui ont leur siège dans les régions les plus excentrées soient désavantagées en raison de leur éloignement par rapport au centre qui décide des achats mêmes.

Il ne s'agit pas d'aller contre le principe de la libre concurrence mais, au contraire, de le faire jouer au mieux, c'est-à-dire de permettre que toutes les entreprises se trouvent dans les mêmes conditions de départ face aux offres d'achat. Cela concerne en particulier et de manière favorable les entreprises qui ont leur siège dans les régions périphériques.

Je vous invite donc à soutenir ma proposition.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, erste Vizepräsidentin): Die FDP-Fraktion teilt mit, dass auch sie den Antrag Robbiani ablehnt.

Leuthard Doris, Bundesrätin: Es tut mir leid, dass ich erneut einen Antrag Robbiani bekämpfen muss. Auch hier ist es natürlich so: Selbstverständlich haben Bund, Kantone und Gemeinden bei ihrer Beschaffung Regeln zu beachten, und diese Regeln befinden sich im Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen: Dort ist verankert, wie man vorgehen muss, und dort ist selbstverständlich auch der Grundsatz zu beachten, dass bei Ausschreibungen im Beschaffungswesen alle Unternehmen aus allen Regionen, zum Teil ja sogar auch weltweit, die gleich langen Spiesse haben sollen und im Rahmen dieser Ausschreibungen nicht diskriminiert werden dürfen. Das ist so, das ist ein Grundsatz.

Das Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen werden wir Ihnen, mit einer Prüfung der Effizienz usw., nächstens ja auch zur Revision vorlegen. Die Verankerung hier, im Gesetz über die Regionalpolitik, ist erstens wieder einmal der falsche Ansatz; es ist der falsche Ort. Zweitens wäre es einfach eine Doppelspurigkeit. Die Regeln für die Beschaffung sind allgemein zu gestalten und deshalb im Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen und nicht hier bei der Regionalpolitik zu behandeln.

Deshalb bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, erste Vizepräsidentin): Die Berichterstatter verzichten auf das Wort.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission 78 Stimmen
Für den Antrag Robbiani 67 Stimmen

Art. 14–17

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 18

Antrag der Kommission

.... erstattet den eidgenössischen Räten rechtzeitig Antrag für die Weiterführung

Art. 18*Proposition de la commission*

.... et présente aux Chambres fédérales, avant la fin dudit programme, un rapport et une proposition concernant l'éventuelle poursuite de la politique régionale.

Angenommen – Adopté

Art. 19*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit

(Fässler, Berberat, Fehr Hans-Jürg, Genner, Gysin Remo, Leutenegger Oberholzer, Rechsteiner Paul, Recordon, Rennwald)

Abs. 3

.... Behörde verfügt. Das zuständige Bundesamt erstellt jährlich eine Schätzung der insgesamt gewährten Steuererleichterungen.

Art. 19*Proposition de la majorité*

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité

(Fässler, Berberat, Fehr Hans-Jürg, Genner, Gysin Remo, Leutenegger Oberholzer, Rechsteiner Paul, Recordon, Rennwald)

Al. 3

.... le département. Une estimation du volume des allègements fiscaux accordés est établie annuellement par l'office fédéral compétent.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, erste Vizepräsidentin): Die CVP-Fraktion und die SVP-Fraktion teilen mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützen.

Fässler-Osterwalder Hildegard (S, SG): Die Finanzkommission hat dieses Geschäft auch angeschaut und sich über die finanziellen Auswirkungen des Gesetzes informieren lassen, und sie hat, auch aufgrund der Ausführungen der Eidgenössischen Finanzkontrolle, ein paar Pflöcke einzuschlagen versucht. Ich habe die Anträge, die vonseiten der Finanzkommission und der Finanzkontrolle gekommen sind, aufgenommen.

Sie haben soeben in Artikel 12 Absatz 3 eine Bestimmung aufgenommen, welche die bessere Kontrolle betrifft. Hier geht es jetzt darum, das Konzept mit einem zusätzlichen Satz in Artikel 19 Absatz 3 sozusagen zu vervollständigen. Es geht darum, dass einige Bundesmittel nicht mehr fliessen werden, weil wir ja gemäss dem bereits beschlossenen Steuererleichterungen auch bei der direkten Bundessteuer verlangen. Deshalb hatte die Finanzkommission hier das Gefühl, man müsse die Aufsicht und die Transparenz noch etwas verbessern und auch die Wirkungsweise dieses Gesetzes überprüfen und besser kennenlernen.

Was ich also hier beantrage, ist nicht auf meinem Mist gewachsen, sondern kommt aus der Finanzkommission bzw. von der Eidgenössischen Finanzkontrolle. Was wir hier verlangen – nämlich dass das zuständige Bundesamt jährlich schaut, um welche Grössenordnungen der Steuererleichterungen es ging –, ist meines Erachtens das Minimum an Transparenz. Es ist auch ein Instrument der Aufsicht, und wenn wir diese Zahlen bekommen, können wir auch schauen, ob das Ganze wirkt, ob es tatsächlich Unternehmen gibt, die Steuererleichterungen bekommen haben. Es ist nämlich nicht nur in der einen Richtung darauf hinzuwirken, dass weniger Steuerausfälle produziert werden, sondern man muss auch schauen, was dieses Gesetz im Bereich der direkten Bundessteuer bewirkt.

Auch hier ist es nicht so, dass Steuererleichterungen in unseren Reihen etwas besonders Beliebt wären, das wissen Sie. Aber wenn man sie schon zulässt, dann sollte man auch dafür sorgen, dass man weiss, um welche Beträge es sich

handelt. Es ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dass man, wenn man schon eine Massnahme trifft, auch darüber wacht, wie sie funktioniert, wie sie wirkt.

Ich bitte Sie also – wenn ich mir das anmassen darf, auch im Namen einer Mehrheit der Finanzkommission, aber auch im Sinne der Finanzkontrolle, die dann bei ihren Kontrollen auch darauf fussen kann –, diesen Minderheitsantrag zu unterstützen.

Präsident (Egerszegi-Obrist Christine, erster Vizepräsident): Die grüne Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag der Minderheit unterstützen wird. Die FDP-Fraktion teilt mit, dass sie dem Antrag der Mehrheit zustimmen wird.

Leutenegger Oberholzer Susanne (S, BL): Ich bitte Sie, dem Antrag der Minderheit Fässler zuzustimmen. Ich denke, er ist eine wesentliche Voraussetzung für die Effizienzanalyse der gewählten Steuererleichterung.

Ich verbreite hier kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, dass ich sehr skeptisch bin, ob solche Steuererleichterungen auf Dauer tatsächlich den gewünschten Effekt haben; ich sage «auf Dauer». Aber wenn man diese Politik schon einschlagen will, ist es wichtig, dass man diese Schätzung, die die Minderheit Fässler verlangt, über die gesamten Steuererleichterungen macht und dass aufgrund dieser Schätzungen nachher auch eine Effizienzanalyse dieser Massnahmen erstellt wird.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass ich persönlich wesentlich weiter gehen würde; ich verweise auf ein Postulat (05.3408), mit dem ich verlangt habe, dass über die steuerlichen Beihilfen der Kantone – und hier geht es um steuerliche Beihilfen – vollständige Transparenz hergestellt wird. Wir sollten doch wissen, wer in den Genuss von Steuererleichterungen kommt, damit wir vor Ort die Effizienzanalyse vornehmen können. Der Bundesrat beantragte die Ablehnung meines Postulates und wies darauf hin, dass im Rahmen des Gesetzes über die Regionalpolitik die Möglichkeit bestehe, eine solche Analyse vorzunehmen. Wenn Sie mir das schon versprechen und darauf hinweisen, ist hier nun der Ort, das auch gesetzlich zu verankern, wie das die Minderheit Fässler will.

Leuthard Doris, Bundesrätin: Ich bitte Sie, den Antrag der Minderheit abzulehnen. Es ist heute so, dass wir auf Bundesebene die Zahlen der Steuererleichterungen kennen. Zudem stellen wir den interessierten Kommissionen natürlich auch die Statistiken über die Höhe der entgangenen direkten Bundessteuer zur Verfügung, und das werden wir auch weiterhin tun.

Das Problem ist, dass diese Statistiken natürlich ex post sind. Wir kommen da immer zwei, drei Jahre später mit der Statistik. Das liegt vor, das können wir Ihnen zur Verfügung stellen. Schätzungen ex ante aber sind erstmal sehr schwierig vorzunehmen, und vor allem haben Sie natürlich auch die Problematik, was das dann für die Budgetierung für eine Auswirkung haben soll. Steuererleichterungen sind, wie Sie wissen, nicht vollständig mit Ausgaben gleichzusetzen, und es ist entsprechend schwierig, das zu budgetieren. Ich schlage Ihnen daher vor, dass wir bei der heutigen Praxis bleiben, dass wir Ihnen die Statistiken und Berichte über diese Steuerausfälle zur Verfügung stellen, aber nicht in Form der Schätzung ex ante, sondern eben wirklich in Form der effektiv entgangenen Einnahmen wegen der Steuererleichterungen.

Aus diesen Überlegungen bitte ich Sie, den Antrag der Minderheit abzulehnen.

Walter Hansjörg (V, TG), für die Kommission: Im Namen der Kommission bitte ich Sie, hier die Mehrheit zu unterstützen. Sie haben jetzt die Argumente von Frau Bundesrätin Leuthard gehört. Wollen wir jährliche Schätzungen, oder wollen wir präzise Zahlen, die zwei, drei Jahre älter sind? Ich glaube, hier geht es um die Beurteilung solcher Instrumente, um mittelfristige Massnahmen, sodass effektive Zahlen wichtiger sind als Schätzungen, die dann sowieso wieder

angezweifelt werden. Diese Schätzungen vorzunehmen ist auch mit einem hohen administrativen Aufwand verbunden. Bitte stimmen Sie dem Antrag der Mehrheit zu.

de Buman Dominique (C, FR), pour la commission: J'interviens rapidement, bien qu'il s'agisse d'un article quand même important puisqu'il concerne les allègements fiscaux. La commission s'est exprimée, par 11 voix contre 9 et 1 abstention, en faveur de la proposition défendue par la majorité. Le fait d'hésiter à choisir la proposition de la minorité Fässler était précisément dû à la volonté d'avoir une bonne maîtrise de ces allègements.

Si nous avons décidé de vous recommander de rejeter la proposition de la minorité Fässler, c'est parce que l'estimation est difficile à établir. On a plutôt des statistiques ex post et, lorsqu'on doit procéder à une estimation fiscale, il y a le risque de tomber dans le vague, donc dans l'arbitraire.

C'est pour cette raison-là, et non pour des raisons de fond, que la majorité vous propose de suivre la version du Conseil des Etats.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 93 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 64 Stimmen

Art. 20

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit I

(Fehr Hans-Jürg, Berberat, Fässler, Leutenegger Oberholzer, Rechsteiner Paul, Recordon, Rennwald)

Eine tripartite Konferenz ländlicher Raum und Berggebiete (TKLB) organisiert die Zusammenarbeit von Bund, Kantonen und Gemeinden. Sie bildet den Rahmen für den Informations- und Erfahrungsaustausch sowie die Diskussionen über die strategische Ausrichtung der Regionalpolitik.

Antrag der Minderheit II

(Gysin Remo)

Streichen

Art. 20

Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité I

(Fehr Hans-Jürg, Berberat, Fässler, Leutenegger Oberholzer, Rechsteiner Paul, Recordon, Rennwald)

Une conférence tripartite des zones rurales et des régions de montagne organise la collaboration entre la Confédération, les cantons et les communes. C'est dans ce cadre qu'ont lieu les échanges d'informations et d'expériences ainsi que les discussions sur l'orientation stratégique de la politique régionale.

Proposition de la minorité II

(Gysin Remo)

Biffer

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, erste Vizepräsidentin): Der Antrag der Minderheit II (Gysin Remo) wurde zurückgezogen.

Fehr Hans-Jürg (S, SH): Hier geht es um die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen. Mit dem Entwurf des Bundesrates und dem Beschluss des Ständerates wird diese Zusammenarbeit eben gerade nicht geregelt, sondern die Kompetenz wird dem Bundesrat übertragen, der sich dann etwas einfallen lassen soll, wie die Zusammenarbeit am besten organisiert werden kann.

Wir sind der Meinung, dass das nicht genügt, sondern dass im Gesetz selber klarer festgelegt werden sollte, wie die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen denn wirklich aussehen soll. Diese Präzisierung ist unserer Meinung nach

auch deshalb notwendig, weil das Gesetz unter anderem auch darauf ausgelegt ist, die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen oder der Kantone zu stärken. Da stellt sich eben schon die Frage, welche Wettbewerbsfähigkeit gemeint ist. Ist es die Wettbewerbsfähigkeit bezogen auf Märkte? Oder ist es – und das wäre eben unsere Befürchtung – die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den anderen Kantonen? Wird hier der interkantonale Wettbewerb gefördert, wie wir es im Bereich des Steuerwesens jetzt ja hautnah miterleben, oder wird die interkantonale Zusammenarbeit gefördert? Das ist eine entscheidende Frage.

Wir möchten mit diesem Gesetz über die neue Regionalpolitik eigentlich nicht dazu beitragen, dass der Kampf der Kantone gegen die Kantone angespornt wird, es sollte vielmehr die Zusammenarbeit gefördert werden. Deshalb verlangen wir, dass diese Zusammenarbeit einer sogenannten «tripartiten Konferenz ländlicher Raum und Berggebiete» übertragen wird. Diese tripartite Konferenz, dieses Muster, kennen wir bereits aus dem Bereich der Agglomerationspolitik. Ich glaube, niemand ist der Auffassung, sie habe sich dort bisher nicht bewährt. Im Gegenteil: Man ist der Meinung, es sei eben gerade richtig, die Gemeinden, die Kantone und den Bund in einer Konferenz so zusammenzufassen, dass sie die Kooperation wirklich miteinander gestalten können.

Wir verlangen mit unserer Minderheit nicht nur die Einrichtung einer solchen Konferenz, sondern wir legen auch noch die wichtigsten Aufgaben fest, die diese Konferenz haben sollte, nämlich Informationsaustausch, Erfahrungsaustausch und vor allem auch Diskussion der strategischen Ausrichtung der Regionalpolitik. Strategien kann man ja nicht gegeneinander, sondern nur miteinander entwickeln, wenn nachher Regionalpolitik betrieben werden soll.

Wir möchten Sie also bitten, hier nicht auf der allzu unbestimmten Ebene der Kompetenzdelegation zu bleiben, sondern Nägel mit Köpfen zu machen, das Institut der tripartiten Konferenz einzurichten und dieser Konferenz auch zu sagen, was sie zu tun hat. Ich bitte Sie deshalb, meine Minderheit zu unterstützen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, erste Vizepräsidentin): Die FDP-Fraktion und die SVP-Fraktion teilen mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützen.

Leuthard Doris, Bundesrätin: Ich empfehle Ihnen den Antrag der Minderheit auch zur Ablehnung.

Ich muss hier ein bisschen weiter ausholen, weil das Thema einer tripartiten Konferenz eine Vorgeschichte hat. Das Anliegen ist eigentlich ein altes. Heute geht die grossmehrheitliche Meinung davon aus, dass das Anliegen der engen vertikalen Zusammenarbeit berechtigt ist, dass aber in diesem Gesetz keine Parallelkonferenz zur vorhandenen tripartiten Agglomerationskonferenz festzulegen ist. Ich erinnere daran, dass Herr Ständerat Stadler im Jahre 2003 ein Postulat mit folgendem Text eingereicht hat: «Der Bundesrat wird ersucht, zusammen mit den Kantonen und den Gemeinden die Einsetzung einer der Agglomerationskonferenz ähnlichen Konferenz für die Entwicklung des ländlichen Raumes und der Berggebiete ins Auge zu fassen.» Der Bundesrat hat dieses Postulat entgegengenommen und Modelle entwickelt, die dann in die Vernehmlassung geschickt wurden. In 88 von 97 Stellungnahmen wurde die Meinung des Bundesrates bestätigt, dass vorerst keine Parallelkonferenz einzurichten sei. Die Evaluation der Arbeit der heutigen tripartiten Agglomerationskonferenz sei abzuwarten, bevor entschieden werde, wie die vertikale Kooperation weitergeführt werden solle. Vier Fünftel der Kantone, die ja für eine solche Konferenz entscheidend wären, haben diese tripartite Konferenz abgelehnt.

Die SP hat auch damals schon in der Vernehmlassung die Schaffung einer tripartiten Konferenz gefordert und dabei vor allem argumentiert, dass sich die Agglomerationskonferenz nicht mit Fragen der ländlichen Entwicklung belasten solle. Es stellt sich bei diesem Minderheitsantrag daher schon die Frage, ob das ein konstruktiver Vorschlag für das Berggebiet oder eher eine Massnahme zur Aussonderung

der Probleme ländlicher Entwicklungen ist. Ich weiss es nicht, aber ich bin überzeugt, dass dieser Antrag weiter geht als das Postulat Stadler, weil in diesem Postulat verankert ist, dass eine tripartite Konferenz zum ländlichen Raum und zu den Berggebieten die Zusammenarbeit von Bund, Kantonen und Gemeinden organisiert.

Stellen Sie sich nun vor, dass neben der üblichen und eingespielten Verwaltungszusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen und den Neuerungen, die z. B. durch die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen mit diesen Programmvereinbarungen dazukommen, jetzt auch noch organisatorische Anweisungen einer tripartiten Konferenz für die Umsetzung der Regionalpolitik mit einfließen müssten. Wir sind effektiv der Meinung, die Evaluation abzuwarten. Der Gesetzentwurf sieht primär eine enge organisatorische Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen mit den vorhandenen Ressourcen und Instrumenten vor. In Artikel 20 wird zudem dem Bundesrat die Kompetenz erteilt, auch darüber hinausgehende Vorkehrungen zu treffen. Damit sollte man es im Moment bewenden lassen.

Ich bitte Sie daher, den Antrag der Minderheit abzulehnen.

Walter Hansjörg (V, TG), für die Kommission: Auf der einen Seite attestieren wir den Linken, den Sozialdemokraten und auch den Grünen, dass sie gegenüber diesem Gesetz grundsätzlich positiv eingestellt sind, dass sie Verbesserungen anbringen wollen und dass sie vielleicht auch auf schwache Punkte hinweisen.

Auf der anderen Seite hat die Mehrheit der Kommission aber klar entschieden, es sei ein möglichst schlankes Gesetz zu erstellen und es seien dem Bundesrat auch die nötige Flexibilität und die entsprechenden Kompetenzen zu geben, damit er reagieren kann. Er hat in diesem Bereich eine Führungsrolle wahrzunehmen. Er soll das mit den Instrumenten tun, die ihm zur Verfügung stehen. Wir haben ja auch die Regierungsratskonferenzen, ich denke da an die Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz, wo in der Regel ein Bundesrat oder eine Bundesrätin dabei ist. Wir sollen jetzt schon wieder Kommissionen beschliessen, obwohl es noch völlig offen ist, ob diese zweckmässig sind und ob wir sie auch brauchen. Wir sind der Auffassung, dass wir das offenlassen und dem Bundesrat die Kompetenz überlassen sollten, geeignete Führungsinstrumente einzusetzen.

Ich bitte Sie aus diesem Grund, dem Antrag der Mehrheit zuzustimmen.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, erste Vizepräsidentin): Die elektronische Abstimmungsanlage funktioniert nicht. Wir zählen die Stimmen von Hand aus. Ich bitte die Stimmenzähler, ihres Amtes zu walten.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 94 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I 53 Stimmen

Art. 21–23

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 23bis

Antrag der Minderheit

(Rennwald, Berberat, Fässler, Fehr Hans-Jürg, Genner, Gysin Remo, Leutenegger Oberholzer, Rechsteiner Paul, Recordon)

Die Gewährung von Hilfen gemäss den Artikeln 4, 5, 6, 7 und 12 dieses Gesetzes setzt beim Empfänger die Einhaltung des Gesamtarbeitsvertrages (GAV) seiner Branche voraus.

Art. 23bis

Proposition de la minorité

(Rennwald, Berberat, Fässler, Fehr Hans-Jürg, Genner, Gysin Remo, Leutenegger Oberholzer, Rechsteiner Paul, Recordon)

L'octroi des aides prévues aux articles 4, 5, 6, 7 et 12 de la présente loi est subordonné au respect, par le bénéficiaire, de la Convention collective de travail (CCT) de la branche économique à laquelle il appartient.

Rennwald Jean-Claude (S, JU): J'aimerais faire quatre considérations à l'appui de ma proposition de minorité.

Première considération. Je voudrais souligner que même dans les régions qui profitent assez largement des instruments de la politique régionale, et notamment de ce qui existe encore aujourd'hui sous la forme de l'arrêté Bonny, il y a parfois un certain agacement. A savoir que, d'une part, certaines entreprises quittent la région dès le moment où elles ont épuisé leur droit aux aides et, d'autre part – et c'est encore plus grave ou du moins tout autant –, certaines entreprises bénéficiaires des aides sont signataires ou en tout cas respectent les conventions collectives de travail (CCT), alors que d'autres ne jouent pas le jeu du régime conventionnel. Cela crée évidemment des discriminations entre ces deux types d'entreprises.

Deuxième considération. Il est vrai que la situation est quelque peu nuancée d'un canton à l'autre. Quelques cantons, encore malheureusement très minoritaires, ont introduit dans leur loi sur le développement ou la promotion économique des dispositions qui visent à régler ce type de problème. C'est le cas notamment du canton de Berne dont la loi sur le développement de l'économie dit ceci: «L'octroi de subventions est assorti, pour une période de cinq ans au plus, notamment des conditions et charges suivantes: a. respecter les conventions collectives de travail ou les conditions de travail locales en usage dans la branche.» Malheureusement, comme je l'ai dit, il n'y a qu'une minorité de cantons qui prévoient de telles dispositions et je pense par conséquent qu'il serait utile et nécessaire d'introduire une norme de ce type sur le plan fédéral.

Troisième considération, et je dis cela pour des raisons juridiques et de jurisprudence assez importantes: il y a quelques années, dans le canton du Jura, le mouvement syndical et le Parti socialiste avaient déposé une initiative populaire qui visait précisément au respect de ce principe, à savoir que les entreprises bénéficiaires d'aides soient signataires d'une CCT. La procédure est allée très loin puisqu'elle a fini au Tribunal fédéral. Mais ce n'est que – et c'est intéressant – par 4 voix contre 3 que le Tribunal fédéral avait déclaré à l'époque que cette initiative n'était pas valable.

Toutefois, il faut mentionner encore un des considérants du Tribunal fédéral: «Le texte de l'initiative pouvait se contenter d'exiger le respect des conditions de travail telles qu'elles sont prévues dans les conventions collectives de travail existantes, sans exiger d'adhésion formelle.» Donc, dans ses considérants, le Tribunal fédéral parle de «respect des conditions de travail», et non d'adhésion à une association patronale signataire d'une CCT. Et ce que dit le Tribunal fédéral dans ses considérants, c'est exactement ce que demande ma proposition de minorité.

Quatrième et dernière remarque. Il est vrai que l'acceptation de cette proposition de minorité serait favorable aux travailleurs et aux travailleurs, mais il est non moins vrai qu'elle serait aussi – il faut le souligner – favorable au patronat ou du moins au patronat correct, c'est-à-dire à celui qui est partie prenante au système des CCT.

Pour toutes ces raisons, je vous invite instamment à soutenir cette proposition de minorité.

Je ferai encore deux remarques techniques.

1. En fait, cette disposition ne s'appliquerait qu'au système des allègements fiscaux tel que nous l'avons adopté tout à l'heure.

2. Sur le plan linguistique, si la version française du dépliant est correcte, ce n'est pas le cas de la version allemande, en ce sens qu'il ne faut mentionner l'octroi des aides prévues

qu'à l'article 12 et supprimer la mention des articles 4, 5, 6 et 7. Je laisse le soin à Madame la vice-présidente de transmettre le texte au secrétariat de la commission.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, erste Vizepräsidentin): Die SP-Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag der Minderheit unterstützt. Die FDP-Fraktion teilt mit, dass sie den Antrag der Mehrheit unterstützt.

Leuthard Doris, Bundesrätin: Vorerst ist es sicher so, dass ein Unternehmen, das sich in der Schweiz ansiedeln will und von einer Steuererleichterung von der öffentlichen Hand profitiert, dies sicher nicht tut, um hier von niedrigen Gehältern zu profitieren. In der Regel ist es ja genau das Gegenteil. Es ist auch klar, dass diese Unternehmen die Gesetze unseres Landes zu respektieren haben, und dies ist sicher ganz besonders dann der Fall, wenn ein allgemeinverbindlicher Gesamtarbeitsvertrag im jeweiligen Sektor besteht. Hingegen halte ich es für unklug, dieses Erfordernis jetzt im Gesetz zu verankern. Wenn ein Unternehmen sich an einem Gesamtarbeitsvertrag beteiligen soll, ist das ein Entscheid des Unternehmens und nicht des Gesetzgebers. Ich bin auch überzeugt, dass es schwierig sein dürfte, wenn wir Unternehmen für unser Land anwerben wollen und gleichzeitig eine Liste von Bedingungen oder Formalitäten präsentieren. Deshalb soll es Sache des Unternehmens bleiben, ob es sich einem Gesamtarbeitsvertrag anschliessen will. Deshalb bitte ich Sie, diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

de Buman Dominique (C, FR), pour la commission: Aux yeux de la majorité de la commission, deux arguments plaident pour le rejet de la proposition de la minorité Rennwald.

D'abord, nous nous trouvons ici dans le cadre d'une loi qui, par définition, a un caractère public, puisque c'est le Parlement qui l'édicte. C'est un peu dérangeant, dans le cadre de la nouvelle politique régionale, d'imposer par la loi le respect d'une convention qui reste basée sur le partenariat et donc sur une certaine horizontalité.

La deuxième raison est la même que celle qui a déjà été invoquée pour d'autres articles. L'objectif recherché par la proposition de la minorité Rennwald est en quelque sorte le maintien ou l'ancrage de la paix sociale, parce que par le biais des conventions collectives de travail on atteint ce résultat. Or, la paix sociale fait partie des éléments du développement durable. Il est bon de le rappeler, parce que, si c'est évident pour les scientifiques, cela ne l'est peut-être pas pour tous. Qui dit «développement durable», dit «éléments économiques, éléments environnementaux et éléments de société». Dans les éléments de société, il y a la paix sociale dans notre pays. Je crois que le fait de le dire à cette tribune donne un ancrage à l'objectif, mais sans pour autant alourdir le texte de la loi.

C'est donc avec ces considérations que je vous propose, au nom de la majorité de la commission, qui s'est exprimée par 13 voix contre 9, de rejeter la proposition de la minorité Rennwald.

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, erste Vizepräsidentin): Die SVP-Fraktion teilt mit, dass sie ebenfalls den Antrag der Mehrheit unterstützt.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Minderheit 58 Stimmen

Dagegen 99 Stimmen

Art. 24, 25

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Art. 26

Antrag der Mehrheit

Abs. 1, 2

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Abs. 3

Streichen

Antrag der Minderheit

(Schibli, Baader Caspar, Favre, Gysin Hans Rudolf, Gysin Remo, Pelli, Walter Hansjörg)

Abs. 3

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Art. 26

Proposition de la majorité

Al. 1, 2

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Al. 3

Biffer

Proposition de la minorité

(Schibli, Baader Caspar, Favre, Gysin Hans Rudolf, Gysin Remo, Pelli, Walter Hansjörg)

Al. 3

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Schibli Ernst (V, ZH): Artikel 1 dieses Bundesgesetzes, der Zweckartikel, umschreibt die Aufgaben und Zielsetzungen treffend. Eine Befristung auf acht Jahre heisst aber nicht, dass dieses Bundesgesetz später nicht weitergeführt werden kann. Es ist aber wie in einem privatwirtschaftlich geführten Unternehmen unabdingbar, dass nach einer gewissen Zeit eine Standortbestimmung vorgenommen wird. Die Vor- und Nachteile, die Stärken und Schwächen sind aufzulisten, zu hinterfragen, und wenn nötig sind Korrekturen vorzunehmen, welche die Wirkung dieses Bundesgesetzes über Regionalpolitik nachhaltig verbessern.

Auch der finanzielle Bereich ist zu überprüfen und zukunftsgerichtet anzupassen. Es darf nicht sein, dass die Eigeninitiative der Regionen durch falsche Finanzhilfen des Bundes gelähmt oder gar gestoppt wird. Es muss das erstrebenswerte Ziel sein, durch eine optimale Anwendung dieses Bundesgesetzes die Wertschöpfung in den einzelnen Regionen derart zu verbessern, dass sie in absehbarer Zeit ohne Bundeshilfen auskommen. Dieses Bundesgesetz darf nicht zu einer Geldverteilungsmaschine im Sinne des Giesskannenprinzips verkommen.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, diese starke Minderheit zu unterstützen.

Favre Charles (RL, VD): La majorité du groupe radical-libéral soutiendra la minorité de la commission, à savoir la limitation de cette loi à 8 ans. Pourquoi cette position? Nous pensons que cette loi est particulière; elle présente quelques points délicats.

1. Elle donne des avantages à certaines régions du pays, et c'est là son but. Si elle donne ces avantages, c'est parce que ces régions subissent naturellement des désavantages. Mais cette loi peut aussi conduire à quelques problèmes, notamment en ce qui concerne l'égalité de traitement des différentes entreprises, et des problèmes au niveau de la concurrence.

2. De plus cette loi doit absolument être efficace. Efficace dans n'importe quel contexte économique, qu'il s'agisse d'un contexte économique de basse ou de haute conjoncture.

3. Cette loi se développe en parallèle avec d'autres lois, d'autres politiques. On a parlé de la nouvelle péréquation financière. Nous pouvons aussi parler de la politique sectorielle de la Confédération.

4. Les accents qui sont mis dans cette loi sont importants. C'est la section 3 de la loi, à savoir: mise en place d'indicateurs, professionnalisation de la politique régionale et mise en place d'importants contrôles. Nous souhaitons que ces contrôles soient véritablement efficaces, qu'ils apportent la

preuve de l'efficacité de la loi et celle que les mesures prises sont judicieuses et judicieusement proportionnées.

Pour nous, la preuve de l'efficacité est à apporter à l'ensemble du pays puisque c'est une loi qui accorde des avantages aux régions pour des raisons que nous avons développées tout à l'heure et qui sont tout à fait justifiées. Pour donner plus de poids à l'analyse régulière de cette loi, aux contrôles qui doivent être effectués, nous voulons qu'après huit ans, cette loi nouvelle – même si elle regroupe d'anciennes lois – soit, durant sa première période de vie, solidement examinée. Après huit ans se posera la question de proroger cette loi.

En fonction de cet élément, si véritablement nous voulons avoir un contrôle qui soit efficace, avec un rapport établi par le Conseil fédéral sur l'impact de cette loi, nous pensons judicieux de dire: «Partons avec cette loi pour huit ans. Ensuite, nous verrons ce que nous en faisons.» Nous considérons bien entendu qu'il ne s'agit pas là de douter de l'efficacité de la loi, de la remettre totalement en cause dans huit ans. Au contraire, nous considérons que, dans huit ans, la preuve de l'efficacité sera apportée et qu'à ce moment-là, nous pourrions adopter une loi non limitée dans le temps.

Pour l'instant, nous vous proposons de limiter la durée de validité de la loi à huit ans et donc de suivre la minorité de la commission.

Kohler Pierre (C, JU): Votre principal argument en faveur d'une limitation, c'est qu'en réalité on créerait une inégalité de traitement entre les différentes régions. Est-ce que vous considérez donc que les cantons qui font des législations fiscales différentes créent aussi des inégalités de traitement?

Favre Charles (RL, VD): Monsieur Kohler, vous me citez de façon non exhaustive. J'ai dit en effet tout à l'heure que cette loi créait des inégalités de traitement parce que naturellement ces régions se trouvaient dans des positions, je dirai, de faiblesse. C'est la raison pour laquelle on élabore une loi de ce genre. Dès le moment où on intervient de cette façon, il me semble judicieux d'analyser régulièrement l'efficacité de la loi. Ceci est valable pour toutes les mesures qui sont prises, et cela dans n'importe quel canton.

Wandfluh Hansruedi (V, BE): Eine knappe Mehrheit der SVP-Fraktion spricht sich gegen eine Beschränkung der Gültigkeit des Gesetzes auf acht Jahre aus, das heisst, sie lehnt den Antrag der bunt gemischten Minderheit Schibli ab.

Es ist nicht logisch, in Artikel 14 ein Mehrjahresprogramm für acht Jahre festzulegen und in Artikel 26 festzuhalten, dass das Gesetz auf acht Jahre beschränkt ist. Eine kongruente Formulierung in Artikel 14 wäre im Prinzip: «Die Bundesversammlung legt für die Dauer des Gesetzes ein Programm fest.» Dann wäre es klar und kongruent. Aber wir dürfen nicht in Artikel 14 von einem Mehrjahresprogramm sprechen und das Gesetz in Artikel 26 auf acht Jahre limitieren.

Es ist im Übrigen nicht üblich, die Gültigkeit von Gesetzen zeitlich zu beschränken. Üblich ist, dass mit Mehrjahresprogrammen gearbeitet wird, dass diese in regelmässigen Abständen überprüft und überarbeitet werden und dass je nach Bedarf Gesetzesanpassungen vorgenommen werden. Solange der Verfassungsauftrag besteht, strukturschwache Regionen und vor allem innovative Projekte zu unterstützen, braucht es auch eine Regionalpolitik.

Wenn Sie wie die Minderheit die Gültigkeit des Gesetzes zeitlich beschränken wollen, empfehle ich Ihnen, auch die Gültigkeit der Bundesverfassung oder wenigstens der Artikel, die in Zusammenhang mit der Regionalpolitik stehen, zu beschränken, z. B. Artikel 2 Absatz 2, nach dem die Eidgenossenschaft den inneren Zusammenhalt fördert, und Artikel 104, wo das Postulat der dezentralen Besiedlung des Landes festgeschrieben ist. Das wäre kongruente Politik. Ich bitte Sie, in diesem Saal kongruent zu politisieren.

Ich empfehle Ihnen, mit der sehr knappen Mehrheit der SVP-Fraktion die Mehrheit zu unterstützen.

Rennwald Jean-Claude (S, JU): Le groupe socialiste soutient la majorité de la commission et je vais vous expliquer brièvement pourquoi. Je crois qu'il faut souligner que dans le cas présent, nous avons affaire à une loi-cadre et non pas à un crédit-cadre. Par conséquent, la durée de validité de cette loi ne doit pas être limitée. Nous demandons par conséquent à ce qu'on en revienne à un système dans lequel cette loi aura une durée illimitée.

Monsieur Favre a parlé de la nécessité de procéder régulièrement à des contrôles, des examens, etc. Evidemment, nous ne sommes pas opposés à ce genre d'exercice, mais on peut très bien faire ces examens et ces contrôles si la loi a une durée illimitée. Nous pouvons aussi les prévoir par le biais de révisions partielles. Si vraiment ils devaient démontrer – ce que je ne souhaite pas – au bout d'un certain temps que cette loi ne fonctionne plus, je ne vois pas ce qui empêcherait le Parlement de l'abroger.

Je crois qu'en adhérant à la proposition de la majorité de la commission, on évite de suspendre une sorte d'épée de Damoclès au-dessus de la loi et aussi de travailler, comme trop souvent, dans l'urgence.

Voilà toutes les raisons pour lesquelles je vous demande de soutenir la majorité de la commission.

Bader Elvira (C, SO): Aus Sicht der CVP-Fraktion ist auf eine Befristung dieses Gesetzes zu verzichten. Aus der Überlegung heraus, dass die Wirkung der neuen Regionalpolitik periodisch zu überprüfen und zu kontrollieren ist, liegen ein Rahmengesetz und das Instrument des Mehrjahresprogramms vor. Das gibt dem Parlament die Möglichkeit, periodisch neu zu entscheiden, ob und wie die Regionalpolitik weitergeführt werden soll.

Dieses Gesetz, dieses Rahmengesetz wollen wir nicht befristen, sonst könnten wir, wie es auch Herr Wandfluh gesagt hat, alle Rahmengesetze befristen. Wir gehen davon aus, dass die Regionalpolitik Erfolg haben wird, und möchten den Aufwand vermeiden, nach acht Jahren wieder ein neues Gesetz zu erarbeiten. Sollten die Entwicklungen, wie wir sie wünschen, ausbleiben, haben wir, das Parlament, ja jederzeit die Möglichkeit, das Gesetz zu ändern oder zu verbessern.

Die CVP-Fraktion unterstützt die Mehrheit.

Recordon Luc (G, VD): Le groupe des Verts vous demande instamment de ne pas limiter la durée de cette loi. Car enfin, qu'est-ce que c'est que cette manière de légiférer «à la retraite», avec des lois de seconde catégorie qui ne dureraient pas de manière indéterminée? C'est l'invention du CDD en matière légale! Faut-il rappeler qu'en bonne doctrine de droit constitutionnel – et la moindre des choses que nous pourrions faire ici serait de le respecter –, il y a des arrêtés pour les tâches à durée limitée et il y a des lois lorsque les objets doivent durer de manière indéterminée. Comme d'autres orateurs l'ont rappelé, si véritablement nous estimons, au bout d'un moment, qu'il faut réviser cette législation, ce qui arrive à bon nombre d'entre elles – si ce n'est, tôt ou tard, à toutes –, eh bien nous entreprendrons un processus régulier, légal et habituel de révision législative.

A vrai dire, cette façon de faire donne un goût amer dans la bouche en donnant l'impression que la politique régionale et l'aide aux régions périphériques ont un caractère un peu de seconde zone. Je trouve ce signal particulièrement détestable. Il n'y a aucune raison majeure qui nous empêche, dans six ou sept ans – si on veut véritablement estimer d'avance que c'est dans huit ans qu'il faudra changer la loi –, de reprendre le dossier et de remettre l'ouvrage sur le métier.

Je vous prie donc de suivre la majorité et de refuser la proposition de la minorité.

de Buman Dominique (C, FR): pour la commission: Nous sommes arrivés au terme de l'examen de cette loi et c'est pourtant une disposition importante que nous avons à traiter. Plusieurs orateurs se sont exprimés tout à l'heure et l'ont mis en évidence, mais il faut planter le clou: nous sommes en présence d'une loi au sens formel et non pas d'un arrêté qui se-

rait limité dans le temps. C'est un principe qui est applicable, d'ailleurs, dans l'ensemble des ordres juridiques. Il est donc inconcevable qu'une loi de portée générale – dans laquelle on vient d'inscrire, en plus, en long et en large le principe du développement durable –, tout d'un coup tombe d'elle-même au terme de huit ans, c'est-à-dire au terme de la même durée que le premier programme pluriannuel dont il est question. Ce serait donc une absurdité que de voter une disposition qui a été proposée par le Conseil fédéral, certes, mais dont on connaît très bien l'origine: l'origine, c'est certaines disputes au sein du gouvernement sur l'opportunité ou non d'une politique régionale. Je crois que cela doit être dit à cette tribune, et il appartient au Parlement, de temps en temps, de corriger les disputes internes du gouvernement.

Il y a un autre élément que j'aimerais relever: on a déjà approuvé maintenant les articles 14 et 18. Monsieur Wandfluh, à très juste titre, a évoqué l'article 14, mais l'article 18 qui a été modifié par la commission tient aussi compte de la non-limitation de la loi et personne ne s'est élevé contre pour dire autre chose. Donc, nous sommes arrivés au terme d'un processus logique qu'il serait aberrant d'interrompre.

Enfin, dernière chose, le Parlement a la compétence de modifier ou d'abroger en tout temps une loi, et confondre le programme pluriannuel avec la base légale générale serait aussi inconcevable parce qu'à ce moment-là, on aurait fait une seule loi qui aurait été une sorte d'arrêté limité dans le temps et on aurait fixé des objectifs à ce programme pluriannuel qui aurait été unique.

Pour toutes ces raisons – je crois qu'il n'est pas nécessaire d'insister encore davantage – je vous demande instamment de suivre la majorité de la commission, de suivre aussi la moitié du Conseil des Etats, parce que ce n'est que la voix prépondérante du président qui a fait basculer le texte légal du mauvais côté (BO 2006 E 507). Je vous demande donc de donner à cette loi un dernier vote logique qui nous permettra de la mettre rapidement sous toit.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit 103 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit 54 Stimmen

Aufhebung und Änderungen bisherigen Rechts Abrogation et modifications du droit en vigueur

Ziff. I, II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Ch. I, II

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 05.080/Flims 2–88)

Für Annahme des Entwurfes 136 Stimmen

Dagegen 10 Stimmen

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

Proposition du Conseil fédéral

Classer les interventions parlementaires
selon lettre aux Chambres fédérales

Angenommen – Adopté

06.022

Internationale Arbeitskonferenz.

92. und 93. Tagung

Conférence internationale du Travail. 92e et 93e sessions

Zweitrat – Deuxième Conseil

Bericht des Bundesrates 15.02.06 (BBI 2006 3199)

Rapport du Conseil fédéral 15.02.06 (FF 2006 3099)

Bericht SGK-SR 25.04.06

Rapport CSSS-CE 25.04.06

Ständerat/Conseil des Etats 19.06.06 (Erstrat – Premier Conseil)

Bericht SGK-NR 07.09.06

Rapport CSSS-CN 07.09.06

Nationalrat/Conseil national 28.09.06 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Präsidentin (Egerszegi-Obrist Christine, erste Vizepräsidentin): Die Kommission beantragt einstimmig, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Vom Bericht wird Kenntnis genommen

Il est pris acte du rapport

05.070

NFA. Ausführungsgesetzgebung

RPT. Législation d'exécution

Differenzen – Divergences

Botschaft des Bundesrates 07.09.05 (BBI 2005 6029)

Message du Conseil fédéral 07.09.05 (FF 2005 5641)

Ständerat/Conseil des Etats 14.03.06 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 15.03.06 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 21.03.06 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 19.09.06 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 20.09.06 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 26.09.06 (Differenzen – Divergences)

Nationalrat/Conseil national 28.09.06 (Differenzen – Divergences)

Bericht RedK 03.10.06

Rapport CRed 03.10.06

Ständerat/Conseil des Etats 03.10.06 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 05.10.06 (Fortsetzung – Suite)

Nationalrat/Conseil national 05.10.06 (Differenzen – Divergences)

Ständerat/Conseil des Etats 06.10.06 (Schlussabstimmung – Vote final)

Nationalrat/Conseil national 06.10.06 (Schlussabstimmung – Vote final)

1. Bundesgesetz über die Schaffung und die Änderung von Erlassen zur Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen
1. Loi fédérale concernant l'édiction et la modification d'actes dans le cadre de la réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons

Ziff. 12 Art. 49a Abs. 2bis

Antrag der Kommission

Festhalten

Ch. 12 art. 49a al. 2bis

Proposition de la commission

Maintenir

Angenommen – Adopté